

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1927

87 (22.2.1927) Morgenausgabe

Preis: 1.50 RM. im Verlag oder in den Buchhandlungen abgeholt. 1.40 RM. Durch den Postweg monatlich 2.00 RM. Einzelhefte: 1.50 RM. — Im Fall der Gewalt streift die Verwaltung die Verantwortung für die Anzeigenpreise. Die Anzeigenpreise sind für den 1. April 1922 ausm. 0.40 RM. Stellenanzeigen, Familien- und Gelegenheitsanzeigen ermäßigt. Preis: 1.50 RM. in der ersten Stelle 2.— RM. Die Wiederholung tariflicher Rabatte, die bei Nichtzahlung des Betrages, bei späterer Bereinigung und bei Konten, außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung

Verbreiteste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 22. Februar 1922.

Verlag und Druck von: Ferdinand Zieser: Dr. Walter Schneider, Redaktionsleiter, verantwortlich für deutsche und ausländische Politik; Dr. G. Bräuer: für badische Politik; Dr. G. Bräuer: für Kommunalpolitik; Dr. G. Bräuer: für Politik und Sport; Dr. G. Bräuer: für das Theater; Dr. G. Bräuer: für Kunst und Literatur; Dr. G. Bräuer: für die Anzeigen; Dr. G. Bräuer: alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiner. Fernsprechnr.: 4050 4051 4052 4053 4054. Geschäftsstelle: Ritz- und Kammerstraße Nr. 8359. Belegungen: Post und Seimat / Alter: die Union, Roman, Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung, Baden und Württemberg / Badische Zeitung / Baden / Karlsruhe Vereins-Zeitung

Reichstagsdebatte über die Not der Kriegssopfer.

Die Haushaltsberatungen.

Der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter.
m. Berlin, 21. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Gewissermaßen als Appendix des Finanzjournals hat der Reichstag den ehemaligen Pensions-Etat, der jetzt Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter genannt wird, in zweiter Lesung in Angriff genommen. Im Saal ist eine gähnende Leere. Meistens nur Abgeordnete, von denen die Majorität immer der Fraktion des rechten Redenden angehört, um wenigstens durch einige Zwischenrufe den Bericht etwas Leben hineinzubringen. Sonst aber herrscht eine starke Teilnahmslosigkeit, die mit dem Wohlwollen der Redner für die Kriegssopfer in starkem Mißverhältnis steht. Eine Reihe von Entschuldigungen liegen vor. Der Haushaltsausschuß über die baldige Nachprüfung der Bestimmungen über die Ruhegehälter, wobei vor allem die Einführung einer Höchstpension angestrebt werden sollte. Die Sozialdemokraten beantragen eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, wodurch für die Kriegssopfer mindestens 150 Millionen neu zur Verfügung gestellt werden, während die Kommunisten radikal wie immer die Pension für 104 Reichsminister und Staatssekretäre ebenso wie für 1753 Generale im ganzen etwa 23 Millionen streichen wollen.

könnten, wo der Eintritt 25 Mark und die Loge 500 Mark koste, dann könne sie kein Geld für die Armen haben.
Abg. Ziegler (Dem.) kündigt besondere Anträge seiner Fraktion zur Frage der Minister- und Offizierspensionen an. Im Falle des Generals von Lüttich müsse der Gedanke einer Spezialgesetzgebung ernstlich geprüft werden. Die demokratische Fraktion werde auch in der Oppositionsstellung bereit sein, jede Maßnahme der Regierung zur Verbesserung der Lage der Kriegssopfer zu unterstützen.
Abg. Gade (Wirtsch. Vereinigung) lehnt die Streichungsanträge der Kommunisten ab. Es handele sich bei den Pensionen um wohl-erworbene Rechte.
Ministerialrat Kerschbamer beantwortet dann die Frage bezüglich der Pension des Generals v. Lüttich. General von Lüttich sei durch Verfügung vom 17. März 1920 verabschiedet worden. In einer zweiten Verfügung vom 29. März, die unterzeichnet war vom damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Müller, wurde die Entlassung bestätigt mit dem Zusatz, daß Lüttich unter Vorbehalt der Regelung der Pensionsansprüche aus dem Heere ausscheide. Diese Formel werde immer angewandt, wenn ein Offizier plötzlich ausscheiden müsse, aber seine Pensionsansprüche behalte, beispielsweise auch bei den auf Verlangen

der Entente verabschiedeten Befehlshabern im besetzten Gebiet. Oberst Bauer wurde vor dem Kaputtisch pensioniert. Seinen Ansprüchen sei vom Reichsversorgungsamte stattgegeben worden. Für Bischoff und Hauptmann Babil sei das bayerische Versorgungsamte zuständig.
Abg. Tiedt (Unter Kommunist) erklärt, das beste Ehrenmal könne man den Gefallenen setzen, wenn man den Hinterbliebenen endlich nach zwölf Jahren ein menschenwürdiges Dasein schaffe. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. In einer persönlichen Bemerkung bemerkt
Abg. Müller-Franken (Soz.), daß der stellvertretende Reichskanzler Schiffer, während die Regierung in Stuttgart weile, mit General von Lüttich ein Abkommen getroffen habe, wonach Lüttich sich bereit erklärte, zurückzutreten. Aufgrund dieser Abmachung wurde vom Personalamt des Reichswehrministeriums die Verabschiedungssorder dem Reichspräsidenten vorgelegt. Am 26. März habe dann er (Müller) das Kanzleramt übernommen und da ihm nichts weiter übrig blieb — die Abmachung gegengezeichnet. Die Regierung habe aber damals nicht diese Auffassung aus dieser Orde gezogen, die heute daraus hergeleitet werde.
Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 3 Uhr. Weiterberatung: Haushalt des Reichspräsidenten, Justizhaushalt. — Schluß: 7 Uhr.

Um die Thronfolge in Rumänien.

Carol will nach Rumänien zurückkehren. — Eine Unterredung mit dem früheren rumänischen Kronprinzen (Eigener Nachrichtendienst der „Badischen Presse“.) (Nachdruck verboten.)

J.N.S. Paris, 21. Febr. Prinz Carol hat sich entschlossen, nach Rumänien zurückzukehren. Er autorisierte heute den Pariser Korrespondenten des J.N.S., die folgende Erklärung für ihn der Öffentlichkeit zu übergeben:
„Ich gehe nach Rumänien, um meinen Vater zu besuchen. Ich lehne mich den Teufel um die Intriquen, Verschwörungen und Machinationen der Politiker. Ich habe das Recht, meinen Vater zu besuchen, und ich werde von diesem Recht Gebrauch machen.“
Carol sagte diesen Entschluß, nachdem er mit vielen seiner Freunde in den letzten Tagen lang und eingehend gesprochen hatte. Er gab dem Korrespondenten seine Erklärung in Gegenwart von Frau Lupescu, welche tränenden Auges seinen Entschluß guthieß und dabei hinzusetzte, sie sei sicher, daß Carol zu ihr zurückkehren werde. Carol sagte, er werde seinem Vater telegraphieren und um seine Zustimmung für seinen Besuch nach Rumänien bitten. Sobald König Ferdinand „die notwendigen Versicherungen“ gegeben hat, wird Carol nach Bukarest fahren. Carol sagte wörtlich:
„Ich schere mich den Teufel um alle Politiker in Rumänien oder in Europa, ich gehe in mein Vaterland zurück als Privatmann und als der Sohn meines Vaters. Ich will allerdings zuerst verlangen, daß die rumänische Regierung meine persönliche Sicherheit garantiert, während ich dort bin. Ich muß nämlich fürchten, daß sonst Verluste gemacht würden, um mich daran zu verhindern, das Land wieder zu verlassen, wenn ich einmal dort bin.“
Mit einem Blick auf seine ständige Begleiterin, Madame Lupescu, welche — wie gesagt — der Unterredung beizwohnte, sagte Carol schnell: „Natürlich muß ich hierher zurückkehren.“ Ueber seine

beiden Abdankungserklärungen befragt, erklärte Carol:
„Das erste Mal dankte ich ab aus Liebe zu Jiji Lambrino; für die Geburt eines Kindes entgegen, und ich konnte und wollte sie nicht verlassen. Meine Mutter hat mich, zu meinem Regiment zurückzuführen, bis der Krieg zu Ende sei. Das schien mir gerecht und meine patriotische Pflicht zu sein und daher stimmte ich zu. Am nächsten Tage wurden meine Liebesbriefe an Jiji Lambrino veröffentlicht. Ich glaube jetzt, daß meine zweite Abdankung tatsächlich aus einem Mißverständnis entstand. Politische Feinde unterbreiteten mir die schon längst sorgfältig vorbereiteten Abdankungspapiere und setzten mir auseinander, daß ich meiner Familie und dem Königsthron Schande brächte. Ich glaube, daß dies von meiner Familie selbst veranlaßt worden sei, und in einer Umwandlung von maßlosem Jörn unterschrieb ich die Dokumente.“
Der Korrespondent fragte, ob Carol sich nicht fern von dem rumänischen Heerenfeld und den Intriquen besser fühle, worauf er antwortete, daß er das Intriquenfeld in Bukarest verabscheue.
Auf die Frage, ob er sein jetziges Leben dem eines Thronfolgers vorziehe, antwortete Carol:
„Das trübe zu, wenn ich nicht meine Pflicht vor mir hätte. Ich wurde als Prinz geboren, und meine ganze Erziehung richtete sich darauf, mich für den Thron vorzubereiten. Ich kann meine Freiheit von aller Verantwortung nicht gut annehmen, ohne stets das Gefühl zu haben, daß ich mich der Pflichten und Verpflichtungen, die mit gewissenhaft bei meiner Geburt in die Wiege gelegt wurden, zu entziehen versuche.“

Schwerer Uebergriff im Saargebiet.

Französische Zollbeamten überfallen einen Deutschen.
TU. Berlin, 21. Febr. Wie die Abendblätter melden, wurde der deutsche Tabakfabrikant Schmitt aus Werzig-Saar, als er sich geschäftlich mit seinem Auto auf dem Wege zu dem nahe der Grenze gelegenen Lauterbach befand und dabei für wenige Augenblicke einen unbenutzten französischen Verbindungsweg berührte, von einem Auto verfolgt und mehrfach beschossen, obwohl er bereits wieder auf saarländischem Gebiet war. Schmitt hielt und wurde von mehreren Zollbeamten in Zivil aufgefordert, auf französisches Gebiet mitzukommen. Als der Fabrikant seine Legitimation anbot, sich aber weigerte, auf französisches Gebiet mitzukommen, fielen die Franzosen über ihn her. Schlagen auf ihn ein und legten ihm Handfesseln an. Er wurde gewaltsam auf die französische Genbarmerstation nach Kreuzwald gebracht, wo er nach einer Stunde wieder freigelassen werden mußte, da seine Verhaftung ohne jede Rechtsgrundlage erfolgt war.

Schweres Baunglück.

Drei Tote. — Acht Schwerverletzte.
TU. Frankfurt a. M., 21. Febr. Beim Umbau der ehemaligen Zöllhandlung Goldschmid in der Mainzer Landstraße in ein Kino stürzte heute mittag eine Mauer ein und begrub eine Anzahl Arbeiter unter sich. Bis jetzt wurden drei Tote festgestellt. Ein vierter Arbeiter liegt im Sterben. Acht Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte wurden in das Krankenhaus gebracht.
Die Aufräumarbeiten waren heute durch festes Schneetreiben stark behindert. Einzelne Arbeiter waren so in Eisenteile eingeklemmt worden, daß sie erst herausgeschmeißt wurden. Die Trümmerstätte selbst macht einen furchtbaren Eindruck, da in dem Seilgewirr überall Blutlachen sichtbar sind und bei den Aufräumarbeiten abgeschlagene Glieder und Fleischstücke zutage gefördert werden. Ein Mitglied der Bauleitung ist vorläufig festgenommen worden, bis die tatsächlichen Ursachen des Unglücks festgestellt worden sind.

Keine Räumungsbesprechungen.

F.H. Paris, 21. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)
Pariser Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß Dr. Stresemann einige Wochen nach Kap Antibes in Südfrankreich kommen werde. Reinen an zuständiger Stelle eingeholten Erkundigungen zufolge dürfte Dr. Stresemann nicht nach Südfrankreich kommen. Die französischen Behörden sind bis jetzt nicht davon unterrichtet, daß Dr. Stresemann französischen Boden betreten wollte, wozu ihm natürlich die Einreisegewilligung ohne weiteres erteilt werden würde, um die aber bisher nicht nachgehakt wurde.
Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, befindet sich, wie am Mittwoch voriger Woche gemeldet wurde, in Wien. Er wird morgen oder übermorgen Wien verlassen, aber vorläufig nicht nach Paris zurückkehren, sondern in Oberitalien mit Stresemann zusammenzukommen, um diesen über die Lage in Frankreich zu unterrichten. Dieser Bericht wird nicht sehr tröstlich sein. Herr v. Hoersch wird Dr. Stresemann die Mitteilung machen müssen, daß in diesem Augenblick die schwierige innerpolitische Lage in Frankreich es nicht gestattet, der Lösung der deutsch-französischen Frage näher zu treten. Auch auf der Märztagung des Völkerbundes dürfte keine Gelegenheit sein, Verhandlungen wegen der Räumung der Rheinlande zu führen.

Die Millionenerbschaft ein Luftschloß?

IZ. Leipzig, 22. Febr. (Eigener Drahtbericht.)
In der Ausgabe vom Dienstag veröffentlichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Feststellungen eines ihrer Mitarbeiter, nach denen die Millionenerbschaft des Dienstmädchens Maria Dragdorf in Merane sich wahrscheinlich als ein großes Luftschloß herausstellt. Die Tatsache, daß die Millionenerbin keinerlei schriftliche Veranlassung über die Erbschaft besitzt, sich vielmehr auf Aussagen ihrer Mutter stützt, die die Papiere nach Amerika hätte schicken lassen, läßt die Millionenerbschaft als sehr zweifelhaft erscheinen. Der Mitarbeiter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hat mit dem Gemeindevorstand des Dorfes Bronken gesprochen, wo die Mutter der Maria Dragdorf wohnt. Die Mutter behauptet, daß an der ganzen Erzählung ihrer Tochter kein wahres Wort sei. Das Mädchen von einer Millionenerbschaft habe in ihrer Familie schon seit 90 Jahren, und zwar sollte die Erbschaft nicht aus Amerika, sondern aus Holland zu erwarten sein. Jemand ein Schriftstück über die Erbschaft hat die Frau noch nie gesehen.

Berlin, 21. Febr. (Kantspruch.) Vizepräsident Dr. Kieker rief die Sitzung um 3 Uhr. Die zweite Lesung des Haushalts-Etats für 1922 wird fortgesetzt, und zwar beim Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter. Der Ausschuss fordert in einer Entschuldig die baldige Nachprüfung der Bestimmungen über die Ruhegehälterempfänger. Insbesondere soll die Einführung einer Höchstpension bei den Empfängern der Pensionen angestrebt werden. Die Sozialdemokraten verlangen eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, wonach die für die Versorgung der Kriegssopfer erforderlichen Mittel um mindestens 150 Millionen vergrößert werden sollen. Die Kommunisten beantragen, die Pensionen für 104 Reichsminister und Staatssekretäre in Höhe von 17 Millionen Mark und die Pensionen für 1753 Generale um 23 Millionen Mark zu streichen.
Abg. Rohmann (Soz.) stellt fest, daß entgegen der gehegten Erwartung die Zahl der Versorgungsberechtigten nicht gefallen, sondern zugenommen sei. Die Aufwendungen für die Kriegssopfer betragen im neuen Etat insgesamt eine Milliarde. Der neue Etat bedeute eine Provokation für die Kriegssopfer, die im vorigen Jahre ihre Wünsche zurückstellten, um den Etat nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Jetzt habe es sich herausgestellt, daß ihre Erwartungen den Etat überhaupt nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen vermocht hätten. Der Redner verweist demgegenüber auf die Pensionen der Offiziere, deren Höhe geradezu aufreißend wirkt. Von den 104 Ministern und Staatssekretären, die nach dem Rücktritt von der Regierung Pensionen beziehen, seien nur drei Sozialdemokraten. Unter den 50 pensionierten Ministern der nachrevolutionären Zeit seien noch mindestens 40, die auf dem Boden der Monarchie ständen. Von sozialistischer Seite gegen die Offiziere zu beantragen könne keine Rede sein. Man protestiere nur gegen die unbillige Bevorzugung. Keine Monarchie in der ganzen Welt sei nach einem Zusammenbruch, wie Deutschland ihn erlebt habe, nicht zu einem Republik. Es sei unerhört, wenn Offiziere mit einer Jahrespension von 17 000 M. für die sie die Republik auf den Knien danken hätten, die Republik obendrein verhöhnten und beschimpften. Der Redner fordert sofortige Verlegung eines Minister-Versammlungsortes und eines Gesetzes über allgemeine Pensionsförmung.
Abg. Lauerenz (Dn.) tritt für Verbesserung der Lage der Kriegssopfer ein, soweit die Reichsfinanzen das zulassen. Den Vergleich mit anderen Ländern brauche aber Deutschland nicht zu scheuen. Die Berücksichtigung gegen das alte Offizierskorps weist der Redner auf die Entschiedenheit zurück. Diesen Männern gebühre der Dank des Vaterlandes. Die Soldaten würden davon in keiner Weise ausgehen. Daran ändere auch nichts, daß einzelne Offiziere sich nach der Revolution der neuen Staatsform ablehnend gegenüber gestellt hätten. Die Republik sei nur eine Staatsform, nicht der Staat selbst. Gegenwärtige Pensionsförmungen lehnt er ab. Die wohlverdienten Rechte der Offiziere wie der Beamtenchaft dürften nicht in Frage gestellt werden. Der Redner verlangt Wiederherstellung der Pensionen.
Abg. Büninghaus (D.V.P.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Rohmann, der sich lediglich dem demagogischen Geschichtsbild bedienen will. Die Regierungsbekämpfung gebe eine vollständige falsche Darstellung. Die Auswirkungen einer Pensionsnovelle würden gleich null sein. Auch würde eine solche Maßnahme die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstag finden. Die Pension sei ein zurückgelegter Teil des Gehalts und damit ein wohlverdientes Recht. Die Erlassung von Nebenbeschlüssen, die heute man ablehnen, da das gleichbedeutend mit einer Stärkung der Republik wäre. Für die Kriegsschädigten sei die Deutsche Volkspartei stets eingetreten. Sie habe einen besonderen Ausschuss gebildet, der durchführbare Vorschläge für die Besserstellung der Kriegsschädigten ausarbeiten soll.
Abg. Geric (Ztr.) erklärt, die Regierung habe die Entschädigungen des Reichstages, beim neuen Etat die Bezüge der Kriegsschädigten zu erhöhen, unbeachtet gelassen. Bis zur dritten Lesung des Etats müsse in dieser Frage ein Weg gefunden werden. Die deutschen Forderungen nach Wiedereinführung der Pensionen um könnten nicht erfüllt werden, so lange nicht die der allerbedürftigsten Kriegsschädigten gebessert sei. Nicht möglich sei es für das deutsche Volk, daß es Leute gebe, die neben den gewaltigen Industrieforderungen nach hohe Pensionen beziehen. Eine Lösung dieser Frage im Sinne der Ausschussentscheidung sei notwendig. In der Frage des Lüttich-Urteils könne erst eine Entscheidung gefällt werden, wenn die Frage von der Regierung beantwortet sei, ob Lüttich vor oder nach dem Zusammenbruch des Reiches und in welcher Weise er verabschiedet worden sei.
Abg. Redermeyer (Komm.) begründet die kommunistischen Ansprüche auf Streichung der Minister- und Generalspensionen. Von 104 Millionen Kriegsschädigten erhalte nur 170 000 eine Verrentung. Dagegen würden Generale mit gesunden Knochen, die nicht mehr zu kämpfen seien, mit täglich 56 Mark bezahlt. Wenn die Regierung Pensionen zahle, mit denen die Inhaber zum Presseball gehen

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wiederaufnahme am 1. März. — Wenig günstige Aussichten.

F.H. Paris, 21. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrags-protokollums hatten wir am letzten Mittwoch gemeldet, daß die deutsch-französischen Verhandlungen wegen des endgültigen Handelsvertrags in der Zeit zwischen den letzten Februartagen und dem 2. März beginnen würden. Die Verhandlungen werden, was nunmehr mit aller Bestimmtheit gesagt werden kann, am 1. März in Paris wieder aufgenommen werden. Bis zum 21. März muß bekanntlich gemäß dem letzten Protokollum von den Franzosen die Mitteilung gemacht werden, ob sie dieses Protokollum ausfüllend oder für drei Monate weiter laufen lassen wollen. Die Aussicht auf das Zustandekommen eines endgültigen Handelsvertrags erscheint als wenig günstig. Die Franzosen scheinen dem Abschluß des Handelsvertrags weniger Bedeutung beimessen als noch vor einigen Wochen, und ihr neuer Zolltarif ist kaum geeignet, den Abschluß eines endgültigen Vertrages zu fördern. Eher aber ist der bestimmte Eindruck, daß in gewissen Kreisen die Neigung besteht, einen Zusammenhang zwischen dem deutsch-französischen und dem deutsch-polnischen Handelsvertrage herzustellen. Man wird aus den angeführten Gründen der Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen nicht allzu optimistisch entgegensehen dürfen.

Stresemann geht nach Genf.

* Berlin, 21. Febr. An zuständiger Berliner Stelle ist nichts davon bekannt, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann seine Absicht, zur kommenden Ratstagung nach Genf zu fahren, geändert oder von dem Erscheinen Briand's und Chamberlain's in Genf abhängig gemacht habe. Deutschland steht bei der kommenden Ratstagung des Rates der Völker zu. Es ist kaum wahrscheinlich, daß sich daran etwas ändern wird. Uebrigens ist in Berlin auch nichts bekannt, daß Briand und Chamberlain der kommenden Ratstagung fernbleiben würden.

Ueberflüssige Abrüstungsverhandlungen.

F.H. Paris, 21. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute trat in Paris eine Sachverständigenkommission zusammen, die der Völkerbund einberief. Diese soll die in dem Budget der einzelnen Staaten vorgeschlagenen Ausgaben für die Landesverteidigung studieren. Deutschland ist in dem Komitee durch Geheimrat Worms vom Reichsfinanzministerium vertreten. Ferner entsandten Amerika, Großbritannien, Frankreich, Japan, Finnland, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Chile je einen Vertreter in das Komitee. Vorsitzender ist der tschechische Gesandte in Bern, Beneš. In der heutigen Sitzung wurde beschlossen, eine Unterkommission einzusetzen, welche die Grundlage für die ganzen Erörterungen vorbereiten soll. In gut unterrichteten Kreisen betrachtet man die Arbeit dieses Komitees als vollkommen überflüssig und nur dazu geeignet, die ohnehin sehr komplizierte Abrüstungsfrage noch mehr zu verwickeln.

Japans Antwort an Coolidge.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.N.S. Washington, 21. Febr. In amtlichen Kreisen ist man hier den freundlichen Ton der japanischen Note zu den Abrüstungsvorschlägen des Präsidenten Coolidge sehr erfreut. Die Hoffnung auf das Zustandekommen einer Konferenz ist noch nicht aufgegeben. In der Note begrüßt Japan die Initiative der Vereinigten Staaten in der Frage weiterer Flottenabrüstungen. Gleichzeitig spricht Japan den Wunsch aus, daß die Verhandlungen nicht vor dem 1. Juni beginnen sollen. Im übrigen ist der Text der Note sehr vorsichtig gehalten und vermeidet irgendeine Bezugnahme auf die Quote 5:5:3.

Rücktritt des spanischen Außenministers.

U. Madrid, 21. Febr. Außenminister Nanguas ist wegen seiner Differenzen mit Primo de Rivera in der Marokkopolitik, insbesondere in der Tangerfrage, zurückgetreten. Primo de Rivera übernimmt selbst das Ministerium.

Der Kampf um die Schutzfrist.

Die Dichter-Akademie für 50 Jahre.

Die Deutsche Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst, die sich bereits in einer öffentlichen Kundgebung für die Verlängerung der Schutzfrist geäußert hat, hat am 17. Februar eine öffentliche Sitzung abgehalten, die den Zweck hatte, die Auffassung der Dichterkollegien von besonderer Bedeutung sein dürfte, geben wir das Wesentliche auszugsweise wieder.

Niemand kann wegleugnen, daß das Deutsche Reich mit seiner dreißigjährigen Frist sich gegen die meisten anderen Kulturländer im Rückstand befindet. Wenn eine gewisse Erklärung vorliegt, es handelt sich besonders um die romanischen, so widerspricht das den Tatsachen. Die fünfzigjährige Frist besteht außer in den romanischen Ländern in den germanischen Dänemark, Norwegen, Niederlande und (in partieller Form) Großbritannien; ferner u. a. in Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und der Türkei. Sie ist überdies von der revidierten Berner Übereinkunft vorgelesen. Die dreißigjährige Frist dagegen gilt außer bei uns nur noch in Bulgarien, Japan, Schweden, Schweiz und Oesterreich. Aber auch Oesterreich steht, seinem neuen Gesetzentwurf gemäß, im Begriff, die fünfzigjährige einzuführen.

Die großen Unzulänglichkeiten, die aus dieser Rechtsungleichheit hervorgehen, liegen auf der Hand. Sie unterbindet die Rechtsgleichheit im geistigen Austausch der Völker. Der deutsche Urheber ist in den Ländern mit längerer Frist nur dreißig Jahre geschützt, wird also dort im Verhältnis zu den länger geschützten Urhebern empfindlich geschädigt. Er würde, sobald der österreichische Entwurf Gesetz geworden ist, seine Werke nur in Wien erscheinen zu lassen brauchen, um gegen die in Deutschland erscheinenden im Vorteil zu sein; ein Zustand, der nebenbei bemerkt auch für die deutschen Verleger verhängnisvoll werden könnte. Aus diesen und anderen Gründen ist die internationale Rechtsgleichheit auf dem Gebiete des Urheberrechtes eine Forderung, die bei dem immer reger werdenden geistigen Verkehr der Nationen sich auf die Dauer gar nicht wird umgehen lassen.

Die Gegner der Verlängerung weisen immer darauf hin, daß es verhältnismäßig nur wenige Werke sind, die ihre Urheber um fünfzig Jahre überleben. Gar so wenige sind es allerdings nicht wie durch die Statistik mühselos zu erweisen wäre. Auch gibt es zahlreiche Werke und darunter manche der allergrößten, die erst dreißig Jahre nach dem Tode des Urhebers berühmt und damit marktgängig werden. Aber wenn die Gegner Recht hätten mit ihrer in der genannten Erklärung wiederkehrenden Behauptung, die verlängerte Frist komme nur für „eine kleine Zahl von Erben“ in Betracht, so darf man ihnen entgegenhalten, warum sie dann gegen die Verlängerung so schweres Geschick auffahren. Denn weder für den Verleger noch für die Allgemeinheit könnte das früher Freiwerden einer so kleinen Zahl von Urhebern ausschlaggebend ins Gewicht fallen.

Es kommt aber gar nicht auf die Zahlen an, sondern auf die grundsätzliche Frage, ob es gerecht ist, die Lebensdauer von einem Ertrag auszuschließen, der für die Verbreiter dieser Werke (d. h. für Bühnenleiter, Buch-, Kunst- und Musikverleger) ungenutzbar bleibt.

Es wird betont, daß durch das Freiwerden zum mindesten eine bedeutende Verbilligung der Werke eintritt und damit ihre

Jubiläumstagung des Verbandes sächsischer Industrieller.

U. Dresden, 21. Febr. Die Jubiläumstagung des Verbandes sächsischer Industrieller anlässlich seines 25jährigen Bestehens wurde heute mittag durch eine Festigung eingeleitet. In der Begrüßungsansprache hieß der Vorsitzende des Verbandes, Moras, den Reichswirtschaftsminister als Ehrengast, den Kommandanten des Wehrkreises IV, die erschienenen sächsischen Minister und die übrigen prominenten Persönlichkeiten willkommen und bedauerte die Abwesenheit des Reichsaussenministers, eines der Gründer des Verbandes, der in 16 Jahre langer Arbeit die Geschäfte des Verbandes an dem wörtlichen Stelle erfolgreich geleitet habe. Der Redner verlas hierauf ein von Dr. Stresemann aus San Remo eingelaufenes Telegramm, in dem der Reichsaussenminister dem Verbandspräsidenten seinen 25jährigen Bestehen die aufrichtigsten Glückwünsche übermittelt. In dem Telegramm heißt es unter anderem: „Der Verband, der stets eine bedeutende Stellung im sächsischen Wirtschaftsleben einnahm, hat heute die ganz besondere Aufgabe, in einer Zeit der Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte das Seine zu tun, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sichern, in einer Zeit sozialer Zerküftung den Zusammenhang zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen zu wahren und in einer Zeit der heftigen Zersplitterung den Blick auf das Ganze zu richten.“

Ein weiterer Glückwunsch des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

„Dem Verband sächsischer Industrieller spreche ich zu seinem 25jährigen Jubiläum meine herzlichsten Glückwünsche aus. Ich verbinde damit den Ausdruck meiner Anerkennung für die von dem Verbandspräsidenten im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Förderung des nationalen Wohlstandes geleistete erprießliche Tätigkeit. Mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit und freundlichen Grüßen an die Mitglieder.“

Nach Ablebung eines Dankesgrammes an den Reichspräsidenten, in dem der Verband in Ehrerbietung und Treue des Führers des deutschen Volkes in schwerster Zeit gedenkt, begrüßte der Vorsitzende die noch lebenden Gründer des Verbandes. Im Auftrag der sächsischen Regierung überbrachte darauf Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius überbrachte zunächst die Glückwünsche der Reichsregierung und wies dann in seinen weiteren Ausführungen auf die Größe und Bedeutung der sächsischen Industrie hin. Wollte man erfolgreich an die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gehen, unter der das Reich mehr als alle anderen Länder leide, dann müsse man neben der Förderung des Binnenmarktes das ganze Streben auf die Stärkung des Exports einstellen. Der Minister sprach ferner die Erwartung aus, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sächsischen Metallindustrie mit Rücksicht auf das Ganze zu einer Einigung in den gegenwärtigen Lohnstreitigkeiten kommen möchten. Dr. Curtius übermittelte noch besondere Grüße Dr. Stresemanns und hob dessen Verdienste um den Jubelverband hervor. Die Musikpolitik Dr. Stresemanns, so erklärte der Minister, schaffe die Möglichkeit zu einem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft.

Die Beratungen über das Arbeitszeitgesetz.

— Berlin, 21. Febr. (Funkpruch.) Die interparteilichen Besprechungen der Regierungsparteien über das Arbeitszeitgesetz wurden heute vertraulich fortgesetzt. Es ist jedoch anzunehmen, daß schließlich eine Einigung in der Weise erzielt werden kann, daß der § 11 der geltenden Verordnung, über die Bestimmungen der freiwilligen Überarbeit fallen gelassen wird und dadurch die bestehenden Härten ausgeglichen werden. Die Besprechungen werden übermorgen fortgesetzt werden, nachdem sich die Regierung nochmals mit der Frage befaßt hat.

Ausperrung in der württembergischen Holzindustrie.

U. Stuttgart, 21. Febr. Der Verband württembergischer Holzindustriellen hat beschlossen, wegen Lohnstreitigkeiten in einer Stuttgarter Möbelfabrik die gesamte Holzarbeiterschaft Württembergs auszusperrn. Die Ausperrung der Stuttgarter Arbeiterschaft beginnt am 23. Februar, die der übrigen Arbeiter am 26. Februar. Insgesamt werden 7000 Arbeiter von der Ausperrung betroffen. Vorerst besteht keine Aussicht auf eine Einigung, da inzwischen in mehreren Betrieben weitere Schwierigkeiten hinzugekommen sind.

Raffengasvergiftung in einem Rheinmotorboot.

U. Wiesbaden, 21. Febr. Eine fürchterliche Ueberraschung erlebten heute morgen die zwei Fahrer eines Motorbootes, das aus einer längeren Rheinfahrt zurückkehrte und in Bieberich landete. Die beiden Fahrer waren allein auf dem Boot. Als sie das Boot festgemacht hatten, wunderten sie sich, daß keiner der Passagiere nach oben kam. Sie stiegen in die Kajüte hinab und fanden sämtliche zwölf Mitbewohner regungslos hingestreckt, darunter die drei Kinder des Bootbesizers. Es stellte sich heraus, daß fünf Personen, unter ihnen die drei Kinder, bereits tot waren, während die übrigen anderen in tiefer Bewußtlosigkeit lebensgefährlich vergiftet sind. Es handelt sich um eine Gasvergiftung durch den Abgas der Motoren. Das Boot war unterwegs auf eine leichte Stelle aufgelaufen. Dabei war der Auspuff schadhaft geworden. Da das Boot von der Untiefe leicht wieder abtam, blieb der Schaden unbemerkt.

Selbstmordversuch eines kommunistischen Stadtverordneten.

U. Hamburg, 21. Febr. Am Sonntag morgen unternahm der kommunistische Stadtverordnete Albert Späde einen Selbstmordversuch. Er schoß sich aus einer Armeepistole eine Kugel in die Schläfe, die im Kopf stecken blieb. Mit lebensgefährlicher Verletzung wurde er ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zu der Tat ist unklar, scheint aber Schwerkummer.

Wegen Verleumdung des Reichskanzlers verurteilt.

* Berlin, 21. Febr. (Funkpruch.) Nach einer Abendsitzung wurde verurteilt das Wiener Schöffengericht den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen „Aufrechos“ wegen Verleumdung des Reichskanzlers Marx zu fünf Monaten Gefängnis. Die Verleumdung wurde in einem Artikel des „Aufrechos“ erklärt, der im Anschluß an einen Vortrag des Reichskanzlers im Herbst vorigen Jahres über der Ueberlieferung „Baterländischer Schwindel“ erschienen war.

Russische Prinzen als Falschmünzer?

U. Paris, 21. Febr. In den letzten Tagen wurden in Paris mehrere Personen unter dem Verdacht, russisches Falschgeld hergestellt zu haben, verhaftet. Unter den Festgenommenen befinden sich auch zwei angebliche frühere russische Prinzen.

Schneesturm über Newyork.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.N.S. Newyork, 21. Febr. An der atlantischen Küste hat ein schwerer Schnee- und Hagelsturm gewütet, wie man ihn seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Es ist ein Sachschaden von Millionen von Dollars angerichtet worden. Zwölf Personen wurden getötet. In Newyork war der Verkehr lahmgelegt. Die Flut hing so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr. Am unteren Manhattan stand das Wasser nur wenige Zoll unterhalb der Raimauer. Viele Häuser sind fortgeschwemmt worden. Auch in Long Beach, Conn. Island und Atlantic City ist schwerer Schaden angerichtet worden. Die berühmte Strandpromenade von Atlantic City ist teilweise zerstört worden.

Tages-Anzeiger.

- (Näheres siehe im Inseratenteil.)
- Dienstag, den 22. Februar.
- Vandesebiet: „Der kleine Kreis“, 7½—8¼ Uhr.
- Bad. Lichtspiele — Konzerthaus: Wunderland des Nordens, 8¼ Uhr.
- Wüste am Meer, 8 Uhr.
- Eintracht: Kavalierabend Prof. Karl Friedrichs, 8 Uhr.
- Gesellschaft: Die bunte Tüte, 8 Uhr.
- Arbeiterbildungsverein: 4. Kammermusikabend im Vereinsheim, 8 Uhr.
- Theater: Gesellschaft Adnar: Vortrag von Frau Dia Spring, „Der alte Schwab im Koblenzer“ im Saal des Musikischen Konservatoriums (Schiller, 7), 8 Uhr.
- Kaffe Museum: Philharmonisches Konzert (Jasselin), 8 Uhr.
- Raffet Odeon: Märchen Kappenberg, 8 Uhr.
- Karneval: Hof: Karneval, humorist. Abend „Ein Abend am Meer“, 8 Uhr.
- Restaurant Wollinger: Karnevalabend mit karnevalistischem Konzert, 8 Uhr.
- Keller-Lichtspiele: Mädchenhandel.
- Reichs-Lichtspiele: Ven Sur, 8, 8½ und 9 Uhr.
- Atlant-Lichtspiele: Liebe und Trompetenbläser; Selnes Glückes Schicksal.

leichtere Zugänglichkeit, besonders für die Kreise der Unbemittelten. Scharflich gibt es keinen Urheber, der nicht selbst eine solche Verbilligung von ganzem Herzen wünscht, da sie ihn seinem Volke näher bringt. Aber wie steht es damit in Wirklichkeit? Bei Bühnenaufführungen und Konzerten ist diese Verbilligung vollkommen illusorisch. Als Richard Wagner im Jahre 1913 frei wurde, sind die Eintrittspreise für Wagner-Aufführungen nicht um einen Pfennig herabgesetzt worden. Auch um ein Stück von Schalepare, Goethe, Schiller, Kleist zu sehen, muß man nicht weniger zahlen als für ein Stück noch lebender oder geschätzter Autoren. Ebenso ist eine Konzertaufführung von Beethoven nicht billiger als eine von Richard Strauß. Doch auch bei Büchern und Musikalien tritt eine erhebliche Preisermäßigung nach dem Freiwerden keineswegs durchgängig ein, sondern nur dann, wenn auf Massenabfrage zu rechnen ist, wenn also dank diesem auch der geringe Preis noch einen Gewinn erzielt.

In seiner Broschüre fragt Dr. G. Kirstein (der mit fast fanatischem Eifer die fünfzigjährige Schutzfrist bekämpft) in gepreßtem Druck: „Geistige Arbeiter? Was hat deren Lot mit einer Frage zu tun, die erst ihre Erben dreißig Jahre nach ihrem Tod überhaupt zu berühren anfängt? Wie kann eine Verlängerung der Schutzfrist auf die Lage der lebenden, geistigen Arbeiter irgendeinen Einfluß haben?“ Dr. Kirstein nimmt also offenbar an, daß geistige Arbeiter weniger als alle anderen Menschen den Kampf haben, ihre Hinterbliebenen vor Not zu bewahren, daß die Sorge um deren Zukunft bei ihnen weniger als bei allen anderen Menschen lastend und lähmend wirken kann! Die Hinterbliebenen — das können auch nach fünfzig Jahren noch sehr wohl die eigene Frau und die eigenen Kinder sein. Hebbels Witwe z. B. hat ihn mehr als fünfzig Jahre überlebt und mit ansehen müssen, wie sein später Ruhm, der erst dreißig Jahre nach seinem Tod voll einsetzte, andere bereicherte, während sie, seine Lebensgefährtin, leer ausging. Richard Wagners Witwe lebt noch heute und muß sich einbringen, während die Musikanten ihres Gatten Theatern und Verlegern jährlich Unsummen eintragen. Das Freiwerden der Werke Guitars Freitag im vorigen Jahr traf seinen Sohn im rüstigsten Alter. Die Erben Schumanns, Witwe und Töchter, mußten darben, als die Volkstümlichkeit des Meisters auf den Gipfel stieg. Die Schillererbtung hat in ihren Rechenschaftsberichten Jahr um Jahr eine Anzahl von direkten Nachkommen unterer Klassen als Empfänger länglicher Unterstufungen aufgeführt. Ein halbes Prozent aus dem Ertragnis der Werke ihrer unsterblichen Ahnen hätte sie von allen Sorgen befreit.

Aber auch die Lage der lebenden, geistigen Arbeiter steht, obwohl Kirstein es bestritt, in sehr engem Zusammenhang mit der Schutzfrist. Diese Lage wird höchst empfindlich dadurch beeinflusst, daß die Werke der nicht mehr geschätzten Urheber mit den übrigen in einen von vornherein begünstigten und darum häufig erduldeten Wettbewerb treten. Denn bei gleichen Chancen werden Bühnen und Verlage begreiflicherweise einen Autor, den sie umsonst haben können, einem zu honorierenden vorziehen. So wird gerade der aufstrebende Jugend, die ohnehin noch nicht den Kredit der längst Anzuerkanten genießt, das Durchdringen durch eine längere Schutzfrist erschwert, durch eine längere erleichtert.

In Zusammenhang all dieser Ermäugungen steht zum Schluß der Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß es keineswegs, wie die Gegner versichern, eine Frage des privaten Urheberinteresses, vielmehr eine Frage der nationalen Kultur ist, wie ein großes Volk

seiner großen Männern dankt. Gewiß, die Dankeschuld ist gegenseitig. Doch wenn der Dichter, der Künstler, der Denker von seinem Volkstum sein Bestes empfängt, so gibt er es ihm durch sein Eigenes unendlich bereichert zurück. Man erliche uneren denen, die Westlern lieber einige Denkmäler weniger und gönne denen, deren künftiges Los ihrem Herzen teurer war, statt Steinmännchen.

Die Sektion für Dichtkunst, hierin einig mit allen deutschen Urheberverbänden, gibt sich daher der zuverlässigsten Erwartung hin, daß die Reichsregierung nach dem Vorgang der weitaus meisten Kulturländer einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Schutzfrist auf fünfzig Jahre einbringen und dementsprechend ihre Vertreter bei dem bevorstehenden Urheberkongreß in Rom anweisen wird.

Die Fledermaus. Mit seinem Opernspielplan hat unser Landestheater im neuen Jahre zunächst wenig Glück. Durch anhaltende, kahle, leiche Enttäuschungen gehören Opernabende ohne Gäste zu Seltenheiten. Und manche in Vorbereitung stehende Oper mußte wieder fallen. Davon betroffen ist nun auch Offenbachs „Schöne Helena“. Falsch wurde als Ersatz dafür: die in der letzten Spielzeit sehr oft gehobene „Fledermaus“ geholt. Trotz Sonntag hatte die Operette von Johann Strauß nur einen mittelmäßigen Erfolg. Der Erfolg dagegen war wieder ein außerordentlich großer. Der goldig schimmernde, regen duftige Melodien und die überströmenden Rhythmen begeistern immer wieder und bringen Lebensfreude. Die ganze Handlung ist auch ein einziger großer Festball, dessen Luft, dessen Vorbereitung in den ersten Akt eingeschlossen ist; dessen dritter Akt eine dem Leben abgelauschte Katerstimmung am Ballmorgen bringt. Johann Strauß stellt alles auf launige, graziose Situationschafter. Eine fällige und von überausendem Humor taitet die Handlung gegen nicht zum Lustspiel-Niveau hinauf. Aber was kümmern uns die kleinen Worte, die Uebertreibungen, die Affäre des Herrn von Eisenstein? Strauß macht Musik. Und da versinkt das alles. Generalmusikdirektor Joseph Krips ist von Natur aus mit dieser Musik vertraut. Er hat Gefühl für den pridelnden Rhythmus, für die Sprakraft und leichte Sentimentalität des Tänzerischen. Gleich die Duzerste jagt er in ein feuriges Tempo hinein, das mit Ausnahme der ersten Hälfte des zweiten Aktes durchgehends wurde. Die Regie von Otto Krauß ist durch die Neueinstudierung in der letzten Spielzeit noch in bester Erinnerung. Hildegard Ramzart vom Landestheater Stuttgart sang die Kojalinde. Wir lernten hier eine sehr gewandte Künstlerin kennen. Ihre Stimme ist in den mittleren und tiefen Tönen angenehm abgedunkelt und beherrscht auch gut die Höhe. Ihre Vortragskraft, ihre Musikalität ließ der Chordas erkennen, der mit harter Empfindung gefungen wurde. Den sein angelegten kantigen Aufbau beherrschte leider die zu starke Kanakille des Orchesters. Unter den Kräften sind des öfteren hervor gehoben: Kammerfänger Wilhelm Kientwig gab seinen Gabriel von Eisenstein elegant, lustig und unbekümmert. Magda Sira gab eine Prinzessin mit der nötigen Klarheit; während Robert Buh wieder durch seine Gesangsstärke erstrahlte. Zu ihnen gesellten sich mit frohgelautem Spiel Kammerfänger Rudolf Wegmann als Gefängnisdirektor und Karibin Lör als Dr. Falke. Pittant und lustig war auch die reisende Rolle von Elise Klant. Von den zahlreichen übrigen Mitwirkenden sind der trefflich gezeichnete Fiold von W. Gemmede hervor gehoben. Sehr gefällig und liebenswert war die Einlage unserer Ballettes mit Edith Bielefeld im zweiten.

Bruchjaler Brief.

E. Bruchjal, 21. Febr. (Von unserem Berichterstatter.) Mitte des Monats trat der im November neu gewählte Bürgerausschuß zum ersten Male zusammen. Viele bekannte Gesichter sieht man wieder, aber auch „Neue“ sind vorhanden. Von den 88 Stadtverordneten ist ungefähr ein Drittel zum ersten Male ins Kollegium gekommen. Auch zahlreiche Zuhörer waren zu dieser ersten Sitzung, in der es zeitweilig ziemlich stürmisch zuging, erschienen. Einleitend begrüßte das Stadtoberhaupt Dr. Meißner namens der Stadtverwaltung aus 9 Parteien zusammengefügtes Gemeindeparlament und sprach die Hoffnung aus, daß, da wohl jeder mit den besten Absichten hierher gekommen sei, ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt sich entwickeln werde. Hierauf folgte nach dankbarer Anerkennung der Arbeit des früheren Bürgerausschusses ein kurzer Rückblick über die geleistete Arbeit in den Jahren 1922 bis 1926. Die wichtigste war die Durchführung des Wohnungsprogramms, denn seit 1909 sind hier 516 neue Wohnungen geschaffen worden.

Der wichtigste der sieben Programmpunkte in der ersten Tagesordnung der neuen Ära war wohl die Errichtung einer Land- und forstwirtschaftlichen Kreiswinterschule in unserer Stadt. Es ist sehr zu begrüßen, daß die maßgebenden Persönlichkeiten sich warm für diese Weiterbildungsanstalt unserer Landwirte einsetzen. Jedermann ist heute überzeugt, daß nur durch äußerste, systematische Ausnutzung des Heimatbodens die Landwirtschaft bestehen kann. Die nächste Kreiswinterschule ist Graben. Die Schule ist ebenfalls und es standen in der Anstalt nicht so viel Räume zur Verfügung, um die 120 Schüler aufzunehmen. 50 Prozent dieser Schüler kommen zudem aus dem Amtsbezirk Bruchsal; es würden gewiß noch mehr gewesen sein, wenn die an den Nebenbahnen Bruchsal-Silsbach und Bruchsal-Menzingen wohnenden nicht so schlechte Verbindungen nach Graben hätten. Bruchsal heißt hierfür durch Bahn, Nebenbahn und Autobus für näher und ferner liegende Orte die nächste zentrale Lage. Zu alledem ist in der Stadt noch eine Menge selbständiger Landwirte, so kann mit einem dauernd guten Besuch der neuen Schule gerechnet werden. Bleibt also noch die räumliche Unterbringung und die Geldfrage. Doch auch diese fanden ihre Lösung. Im Obergeschoß des Mannschaftsgebäudes II der ehemaligen Reiterkaserne werden vorerst drei Lehrsäle und drei Nebenräume zur Verfügung gestellt. Die bauliche Instandsetzung der Räume und die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände, Heizung, Verbindung und Beleuchtung übernimmt die Stadt. Die Aufwendung für Lehrkräfte und Lehrmaterial tragen Staat und Kreis. Begreiflicherweise wurde diese Vereinbarung einstimmig angenommen.

Eine erfreuliche Entwicklung des Schlachthofes konnte Bürgermeister Meißner in seinem herausgegebenen Büchlein veranschaulichen. Der Schlachthof ist heute nicht mehr das Schmerzenskind der Stadt, sondern wirft einen Keinen Lebensfuß ab. Genügende Kraft ist vorhanden; die Nachfrage nach Eis konnte im letzten Jahr nicht einmal vollaus befriedigt werden. Deshalb wurde vom Stadtrat die Errichtung eines zweiten Eisgenerators mit einem Leistungsfähigkeit von 30 000 K beschloffen. Die Eiszerzeugung betrug im Betriebsjahr 1924/25: 17 705 Ztr., 1925/26: 25 245 Ztr. und 1926/27 27 500 Ztr. Auch diese Vorlage wurde einstimmig angenommen. Gelandetausch mit der Pfarrei St. Peter und ebenso mit der Pfarrei St. Paulus wurden genehmigt, ebenso Veräußerung von städtischem Gelände für Bauzwecke an Private.

Für das Gebiet der Stadt Bruchsal wird eine Wertzuwachssteuer nach Maßgabe der Badischen Wertzuwachssteuerordnung erhoben und zwar vom 15. Februar ab eine Inflationsteuer und eine allgemeine Wertzuwachssteuer ab 1. April.

Die Aufzählung von vier Polizeiwachmeistern aus Besoldungsgruppe 4 nach 5 gab Anlaß zu langen, teils scharfen Auseinandersetzungen. Abgesehen von den verschiedenen Meinungen über die Wichtigkeit dieser Umgruppierung, bei der man eine Durchbrechung der Badischen Besoldungsordnung fürchtete, gab sie Anlaß zu einem lebhaften Proteste gegen die Verstaatlichung der städtischen Polizei. Der Vorsitzende führte aus, daß der Stadtrat die ministerielle Verordnung beim Staatspräsidenten zurück angelegt habe, auf den aber noch keine Entscheidung erfolgt sei. Als der Stadtrat die Verstaatlichung wurde auf höheren Schutz bezüglich der Strafanstalten hingewiesen und auf eine Verminderung der städtischen Kosten für die Polizei. Dies können aber die Bruchjaler nicht dulden und auch die Bürger absolut nicht einsehen. Deshalb wurde diese Frage nicht beleuchtet. Nach dem letztjährigen städtischen Voranschlag besteht die Polizei hier aus einem Polizeikommissar, einem Polizeikommissar, einem Oberwachmeister und 20 Wachmännern, die an Gehalt, Dienstkleidung und Fürsorgebeiträge einen Aufwand von 86 400 K erfordern. Nun wird wahrscheinlich die Stärke der Polizei nach der Verstaatlichung um mindestens 50 Prozent werden unter Führung eines Polizeihauptmannes. Sie der Polizei soll das Bezirksamt werden. Die Stadt muß von den Kosten der etwa 30 bis 40 Mann starken Staatspolizei sechs Fünftel Prozent übernehmen. Wird diese Summe geringer sein, als der Aufwand für die städtischen Dienstverrichtungen und Erhebungen, auch die nicht rein politische Art, die heute von den Schulreuten geleistet werden, wogegen die Stadt muß dafür noch Geld einstellen. Im Hinblick darauf, daß diese Verordnung eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Selbstverwaltung der Gemeinde darstellt, schlossen sich die Väter der Stadt dem Proteste des Stadtrats energisch und einmütig an. Ob es allerdings was nützen wird?

Weinprämierung in St. Georgen.

St. Georgen i. Br., 21. Febr. Die Weinprämierung des Badischen Winzerverbandes angehörenden Naturweinbauvereins für St. Georgen. Die neuerbaute, sich an das neue Schulgebäude anschließende Turn- und Festhalle hatte man in einen stimmungsvollen Festsaal ein ansehnliches Gepräge, im Hintergrunde gewahrt man die Festgegenstände. Als Chempreise konnte man funkelnde Service aus Holz; die ersten Preise bestanden aus Glaskrügen mit Wein, etwas kleinere Krüge waren als zweite Preise bestimmt. Ehrenpreise waren gestiftet vom Badischen Winzerverband, von Neumeyer (Wiesbaden), sowie von den Gemeinden Ebringen, Grunern, Pfaffenweiler, Wolfenweiler, Ehrenstetten, Krozingen, Heitersheim, Gräfen und St. Georgen.

Das Kirchenvermögensgesetz.

Der Artikel 137, Absatz 3, der Reichsverfassung gewährleistet jeder Religionsgesellschaft das Recht, innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten. Nachdem andere Länder hierzu schon Ausführungsgesetze erlassen haben, soll dies auch im Lande Baden geschehen, soweit es noch erforderlich ist.

Nach dem § 1 des dem Landtag nun vorliegenden Gesetzes ist jede Religionsgesellschaft berechtigt, ihre Vermögensangelegenheiten durch eigene Satzung selbständig zu ordnen und nach Maßgabe dieser Satzung zu verwalten.

Der § 2 enthält die sachlichen Voraussetzungen, die der Staat an die kirchliche Satzung stellen kann. Diese muß den allgemeinen Anforderungen an eine geordnete Vermögensverwaltung entsprechen und auf die Steuerpflichtigen gebührende Rücksicht nehmen. Sie darf mit Reichs- und Landesrecht nicht in Widerspruch stehen.

Die §§ 3 und 4 regeln das Verfahren, das nötig ist, um festzustellen, ob die Satzung des § 2 entspricht. Sie ist vor der kirchlichen Verkündung zunächst dem Ministerium förmlich zuzustellen, und zwar nur zur Kenntnisnahme, nicht etwa zur Genehmigung. Das Ministerium prüft aber, ob dem § 2 genügt ist. Verneint es die Frage, so legt es innerhalb dreier Monate seit der Zustellung gegen die Satzung Erinnerung bei der Religionsgemeinschaft ein. Die Erinnerung muß die gerügten Mängel der Satzung, d. h. den tatsächlich beanstandeten Wortlaut der Satzung oder die nach § 2 erforderliche Ergänzung genau bezeichnen. Dadurch wird der Streitgegenstand ungetrennt, auch für das spätere Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof. Die Erinnerung muß dann begründet werden und kann sich nur darauf stützen, daß die Satzung dem § 2 dieses Gesetzes nicht entspricht. Die Erinnerung kann auch fürsorglich eingelegt werden, indem die Regierung hofft, daß sie durch Verhandlungen mit der Religionsgesellschaft eine Einigung erzielt. Gelingt dies nicht, dann bleibt der Verwaltungsgerichtliche Streit vor dem Verwaltungsgerichtshof zu erheben. Auch dies kann fürsorglich in dem Sinne geschehen, daß die Satzung an sich erhoben und später, nachdem eine Einigung erzielt ist, wieder zurückgenommen wird. Die Religionsgesellschaft kann neben oder statt der verwaltungsgerichtlichen Klage innerhalb der gleichen Frist auch Beschwerde an das Staatsministerium einlegen. Werden beide Rechtsmittel nebeneinander ergriffen, so ist auf Ersuchen des Staatsministeriums, sofern die Klage nicht sofort als unzulässig zu verwerfen ist, das verwaltungsgerichtliche Verfahren bis zur Entscheidung des Staatsministeriums in der Sache und bis auf weiteren Antrag einzustellen und die Abwendung der Klagen an das Staatsministerium anzuordnen.

Der § 5 ermöglicht die Bekanntmachung der kirchlichen Satzung unter Angabe des Zeitpunktes ihres Inkrafttretens auch im Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt. Das Recht des Staates auf Einsichtnahme in die Vermögensverwaltung bleibt unberührt. Er hat es dann, wenn er geneigt ist, die Frage zu prüfen, ob eine Gesetzeswidrigkeit vorliegt, auf deren Beseitigung er hinwirken muß. Die Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Vermögen — auch von Grundstücken — durch die Religionsgesellschaften oder ihre Untertariforganisationen, sowie die Veränderung des Grundtodes bedürfen keiner besonderen staatlichen Genehmigung; die Vorschriften des Stiftungsgesetzes bleiben unberührt. Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten auch, wie § 10 ausdrücklich bestimmt, für das durch kirchliche Besteuerung eingehende Vermögen der Religionsgesellschaften. Das Gesetz soll mit dem auf die Verkündung fallenden Tage in Kraft treten. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Die Besichtigung war unerwartet reichhaltig; 230 verschiedene Weine hatten des Urteils der Preisrichter. Man hatte nur Weine des Jahres 1926 und dann nur naturreine, ungedeutete Gewächse zugelassen. Mit wenigen Ausnahmen waren es laudere gutgepflegte Weine, so daß die Preisrichter, deren Arbeit sich über den Samstag erstreckte, eine äußerst schwierige Aufgabe zu bewältigen hatten. Der Zubrang von Besuchern am Sonntag war sehr stark. Der Vorsitzende des Naturweinbauvereins für das untere Neckarland und für den Breisgau, Hermann (Weitelbrunn), begrüßte in einer Ansprache die Gäste auf das herzlichste und sprach den Dank allen jenen aus, die zum Gelingen der Weinprämierung beitragen, namentlich der Gemeinde St. Georgen.

Im Namen dieser Gemeinde richtete Bürgermeister Keller freundliche Begrüßungsworte an die Anwesenden, woran er die Hoffnung knüpfte, die Weinprämierung möge den Winzern zum Segen und zum Nutzen gereichen. Schill (Merzhausen) überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Badischen Winzerverbandes. Am Schluß seiner Ansprache ermahnte er die Weinfontamenten, nur deutsche Weine zu trinken, um das Abfließen des Geldes ins Ausland zu verhindern und um dem schwerarbeitenden einheimischen Winzerland aufzuhelfen. Schill beendete seine Ausführungen mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, das kräftigen Widerhall fand. Hierauf gab der Geschäftsführer des Badischen Winzerverbandes, Herr von Gölz, das Ergebnis der Prämierung bekannt. In Ehrenpreisen, 1. und 2. Preis sowie Diplomen entfielen nach Glottental und Krozingen je 2, nach Biengen, Dörlingen und Heitersheim je 3, nach Wolfenweiler je 5, nach Weitelbrunn 6, nach Staußen und Freiburg je 7, nach Kirchhofen und Wolfenweiler je 10, nach Ehrenstetten und Pfaffenweiler je 13, nach St. Georgen 15 und nach Ebringen 16. Die Uebergabe der Ehrenpreise wurde von dem Musikverein St. Georgen jeweils mit einem Tusch begleitet. Nachdem die Uebergabe vollzogen war, begann die Kostprobe der aufgestellten Weine, an der sich bereisene Weinkenner beteiligten. Unterstützung von den flotten Klängen des Musikvereins griff eine ungetragene Stimmung Platz, und als das Orchester sich auf Tanzweisen umstellte, glaubte man ein von Frohsinn umfächertes Festmahl mitzuerleben.

Helmsheim bei Bruchsal, 21. Febr. (Seinen Verletzungen erlegen.) Landwirt Johann Ciesler, der von einem Auto angefahren wurde, ist am Samstag nachmittag im Fürst Struempfer-Hospital in Bruchsal gestorben. Zu den lebensgefährlichen Kopf- und Brustverletzungen hatte sich noch eine Lungenentzündung hinzugesellt, die den Tod zur Folge hatten.

Wohlsheim bei Weilsheim, 21. Febr. (Todesfall.) Im Alter von 83 Jahren starb hier plötzlich Altbürgermeister Unanget, der 40 Jahre lang im Dienst der hiesigen Gemeinde stand. Er war von 1877 bis 1901 Gemeindevorsteher und von 1901 bis 1917 stand er der Gemeinde als Bürgermeister vor. Der Verstorbene hat sich in diesen langen Jahren die höchste Anerkennung und Wertschätzung seiner Gemeinde erworben.

Hierburten, 21. Febr. (Bürgerausschuhstimmung.) Die Umlage wurde von 40 auf 50 Btg. erhöht. Die Einnahmen der Gemeinde belaufen sich auf 118 000 Mark, die Ausgaben auf 182 000 Mark. Zur Errichtung eines Krügerdenkmals wurde ein Fond gegründet mit 2000 Mark jährlicher Zugabe durch die Gemeinde.

Gernsbach, 21. Febr. (Die Errichtung eines Realschulneubaus) ist erneut in den Vordergrund der Gemeindefragen gestellt worden. Nach einem Gemeinderatsbeschluss wurde die Erbauung eines neuen Schulgebäudes im Gewann Scheuern zur Unterbringung der notwendigen Räumlichkeiten für die Realschule und für die Gewerbeschule genehmigt. Der Bauausführung werden die von der Architektenfirma Abel und Behringer in Stuttgart gefertigten Pläne zugrunde gelegt und der Bau als erster Abschnitt eines größeren Projektes erstellt. Die auf 300 000 Mk. veranschlagten Kosten werden im Wege der Aufnahme eines Prozentigen Darlehens bei der hiesigen Bezirksparlase gebedt soweit nicht andere außerordentliche Mittel (Solzerlös, Rücklagen) zu dem genannten Zweck verfügbar gemacht werden können. Die Tilgung hat in Jahresquoten in Höhe von mindestens ein Prozent zu erfolgen. Die Festsetzung einer darüber hinaus gehenden Tilgung bleibt dem Gemeinderat überlassen. Der Bürgerausschuß wird nun um seine Zustimmung ersucht.

Kehl, 21. Febr. (Blinder Passagier.) Bei der Grenzkontrolle des D-Zuges Paris-Prag, der nachts 1.30 Uhr hier einläuft, wurde auf dem Achsengestänge unter dem Schlafwagen ein blinder Passa-

gier entbedt. Zunächst vermutete man, daß ein Unglücksfall vorliege, da die Person völlig leblos schien und auf nichts reagierte. Erst als man Anstalten machte, den anscheinend Toten zu bergen, richtete sich dieser. Er mußte mit Hilfeleistung des Zugpersonals aus seinem ebenso seltsamen, wie lebensgefährlichen Schlafpunkt befreit werden. Infolge seines unbehaglichen Plakes verlagten ihm die Glieder den Dienst, doch erholte er sich rasch und konnte dann Auskunft geben. Es ist ein Tscheche, der auf diese ungewöhnliche Art die Heimreise nach Prag ohne Geld und Papiere bewerkstelligen wollte. Er wurde einstweilen festgenommen und ins Amtsgefängnis Kehl eingeliefert.

Willsätt (bei Kehl), 21. Febr. (Vortrag mit anschließender Operation.) Der wegen seiner Fremdkörperoperationen beim Kinde weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannte Tierarzt Dr. Kübitz von hier hat einen Auftrag zu einem Fortbildungskursus für Tierärzte nach Stettin erhalten, wo er einen Vortrag über die Fremdkörperoperation beim Kinde mit anschließender Operation halten wird. Dr. Kübitz sollte schon auf der Naturforscherversammlung in Düsseldorf Vorträge über dieses Thema halten, war aber damals durch eine schwere Erkrankung daran verhindert.

Segau, 21. Febr. (Folgschwerer Scherz.) Ein von einer Hochzeitsfeier nach Hause gehender junger Burche bligte mit seiner Taschenlampe einen dahertommenden Radfahrer an. Dieser verbat sich den Scherz und ging auf den jungen Burchen los. Letzterer griff darauf zum Messer und brachte dem Radfahrer mehrere Wesserschnitte in den Unterleib bei, die dessen Tod herbeiführten. Der Täter wurde festgenommen.

Kiegl, 21. Febr. (Brand.) In der Papierfabrik Jder brach am Samstagabend ein Brand aus, dem der Dachstuhl der Fabrikräume zum Opfer fiel. Das Feuer konnte auf seinen Fortschritt beschränkt werden. Ueber die Ursache des Brandes steht noch nichts Genaues fest.

h. Tschingen a. R., 21. Febr. (Eisenbahnunfall.) Auf der hiesigen Station ereignete sich am Samstagabend gegen halb 8 Uhr ein kleiner Eisenbahnunfall. Ein auf dem Nebengleise stehender Güterwagen stand zu nahe an der Weiche, so daß der um 7.27 Uhr von Kiegl kommende Personenzug mit ihm zusammenstieß, wodurch zwei Räder des Güterwagens entgleisten. Personen kamen nicht zu Schaden. Der entstandene Sachschaden ist gering. Nach kurzer Zeit konnte der Personenzug seine Fahrt in Richtung Breisach wieder fortsetzen.

Wehr, 21. Febr. (Brand.) Hier brannten die Scheuer und die Stallungen des Landwirts Gottstein vollständig nieder. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr konnten die angrenzenden Häuser gerettet werden. Es sind bedeutende Futtervorräte verbrannt.

Grenzach, 21. Febr. (Opfer des Berufs.) Aus bisher noch unbekannter Ursache explodierte in einer hiesigen Fabrik der Inhalt eines Kessels. Ein an diesem beschäftigter Arbeiter wurde dabei so schwer verbrannt, daß er in der folgenden Nacht starb.

Engen, 21. Febr. (Ein tödlicher Unfall.) Bei dem Uebergang der Station Mülhausen bei Engen ereignete sich heute früh ein tödlicher Unfall. Es öffnete der 43 Jahre alte Fabrikarbeiter Bernhard Leiber aus Mülhausen, der mit dem 5.50-Uhr-Zug nach Singen fahren wollte, die geschlossene Schranke, wurde dabei von der Maschine erfasst und zu Boden geschleudert. An den dabei erlittenen Verletzungen starb er leider nach einer Stunde. Der Unglückliche hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Gerichtszeitung.

Worzhelm, 21. Febr. (Eine Schlacht auf der Polizeiwache.) Die 36 Jahre alten Zwillingbrüder Franz und Theodor Schleich, beide in Worzhelm wohnhaft, hatten, wie seinerzeit berichtet wurde, Ende Januar in stark angeheizter Stimmung noch einen Mäzenball besuchen wollen. Der Eintritt wurde ihnen aber verweigert. Nun kam es zu Tätlichkeiten auf der Polizeiwache, wozu die beiden verbracht wurden. Es entwickelte sich eine regelrechte Schlacht mit Stühlen, Stuhlbeinen, Besenstielen und sonstigen erreichbaren Gegenständen. Die Angreifer schickten durch das Fenster auf die Straße, wo sich der Kampf fortsetzte. Auf beiden Seiten gab es erhebliche Verletzungen. Die beiden Helden, vielfach vorbehaftet, erhielten 6 bzw. 2 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angetreten.

DUNLOP Der Siegeszug des nahtlosen Tennisballes! Der Ball ohne Pfropsen, der gleichmäßigste und dauerhafteste Turnier- und Gebrauchsball. Er marschirt, nachdem er durch seine Überlegenheit die Riviera-Turniere erobert hat, in alle Welt. Dunlop-Tennis- u. Golfbälle • Dunlop-Reifen Die Weltmarke bürgt für Qualität! BHD

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 22. Februar 1927.

Elektrizität und Gas in den deutschen Großstädten

Unter diesem Titel wurde in den letzten Tagen eine amtliche Zusammenfassung in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht, die wir nicht zum Abdruck gebracht haben, weil uns einzelne Angaben als unrichtig erschienen sind. Hinsichtlich der Stromerzeugung wird in der Statistik gesagt, daß die Eigenstromerzeugung der Werke um 25 Prozent, der Fremdstrombezug um mehr als 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen habe. Da es sich in dem Artikel nur um die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft der deutschen Großstädte handelt, ist unter Eigenstromerzeugung nichts anderes zu verstehen, als die Deduktion des Strombedarfs der Städte durch eigene Werke. Genügen die Anlagen des eigenen Wertes nicht mehr, oder ist man in der Lage, den Strom billiger einzukaufen, als ihn selbst zu erzeugen, dann bezieht man ihn womöglich aus der nächstliegenden Ueberlandzentrale und spricht dann vom Fremdstrombezug.

Von 45 deutschen Großstädten sind nach dem Bericht nur 11 ausschließlich zum Fremdstrombezug übergegangen, 9 Städte haben teils Eigenenerzeugung, teils Fremdstrombezug, während 25 Städte, also weit mehr als die Hälfte der deutschen Großstädte, überwiegend bei der Eigenenerzeugung geblieben sind. Wenn nun im Berichtsjahr die Eigenenerzeugung um 25 Prozent und der Fremdstrombezug um 28 Prozent gestiegen ist, so hat die Eigenenerzeugung mit dem Fremdstrombezug, nach den Zahlen des statistischen Reichsamts, praktisch gleichen Schritt gehalten. Merkwürdigerweise kommt der Berichtserfasser auf Grund derselben Zahlen, welche eine außerordentlich günstige Entwicklung der selbständigen städtischen Elektrizitätswirtschaft beweisen, zu dem Schlusse, daß die selbständige städtische Elektrizitätswirtschaft dem Verfall preisgegeben sei.

Aber nicht genug damit, einen gänzlich falschen Schluß aus dem Zahlenmaterial gezogen zu haben, werden zur Begründung des Beschlusses die Städte Barmen, Köln, Mannheim, Münster, Wlauen, Düsseldorf und Karlsruhe erwähnt, für welche die Stilllegung der eigenen Werke nur noch eine Frage der Zeit sei. Wir kennen nicht die Stromerzeugungsverhältnisse in all den angeführten Städten, wissen jedoch, daß Köln nicht daran denkt, seine Eigenenerzeugung aufzugeben, daß Mannheim auf die Eigenenerzeugung verzichtete, nachdem es Mittelfabrik des Kraftwerkes Mannheim geworden war, wissen aber insbesondere aus den Vorgängen in Karlsruhe, daß das Gegenteil von dem richtig ist, was der amtliche Berichtserfasser ausdrückt. Sehen wir uns nach den Verhältnissen in den süddeutschen Großstädten um, so finden wir, daß Stuttgart eben kein Elektrizitätswert durch Aufstellung einer 17 000 Kw-Turbine erweitert hat. München seine Anlagen weiter ausbaute und aus Mittel- und Norddeutschland hören wir beispielsweise, daß Frankfurt 2 Turbinen von je 16 000 Kw Leistung für den Ausbau seines Elektrizitätswerts bestellt hat und die Stadt Berlin trotz der ausgiebigsten Möglichkeit des Fremdstrombezugs in ihrem neuerbauten Riesenwerk in Rummelsburg 3 Turbinen von je 75 000 Kw Leistung einmietet hat. Der Leser wird selbst in der Lage sein, an Sand dieses Laubstamms zu beurteilen, wie es um den „Verfall“ der selbständigen städtischen Elektrizitätswirtschaft steht. Sie wird nicht erschüttert werden durch Veröffentlichungen der eben behandelten Art. Bedauerlich ist nur, daß das mit den Verhältnissen weniger vertraute Publikum durch den Glauben, eine amtliche Veröffentlichung vor sich zu haben, irreführt wird.

Die großen Schneefälle in der Nacht von Sonntag auf Montag und im Laufe des Montags hatten auf den Lauf der Eisenbahnhänge im allgemeinen nur wenig Einfluß. Ueberall sorgten die Bahnhofsstellen durch Heranziehung genügender Arbeitskräfte für Offenhaltung der Weichen und Freilegung der Kurven. Alle Züge konnten den schneemäßigen Kurs einhalten, einige kleine Störungen sind in solchen Fällen ja nie zu vermeiden. Immerhin verdient die schwierige Arbeit, die mit Umficht ausgenommen und durchgeführt wurde, alle Anerkennung. — In der Stadt veranlaßten die großen Schneemassen mannigfache Verkehrsbehindernisse, so hatten besonders die Fracht- und Postfahrwerke zu leiden, die nur langsam vorwärts kamen und teilweise Vorspann nötig hatten. Im Laufe des Vormittags war Tau- und Regenwetter eingetreten, wodurch ein Morast herbeigeführt wurde, wie wir ihn schon lange nicht mehr hatten, zumal die Reinigung der Gehwege viel zu wünschen übrig ließ. Der sieben Tage wurde auch ein großer Streich durch die Rechnung gemacht, da sie nach Beendigung des Vormittagsunterrichts nur noch wässrigen Schnee vorfand, mit dem fast nichts mehr anzufangen war.

Todesfall. Rechnungsrat a. D. Albert Wilhelm Kaiser ist gestern im Alter von 83 Jahren gestorben. Der Heimgegangene war in Karlsruhe-Gottesau geboren, wo sein Vater als Wachmeister bei der Artillerie diente. Als Kind erlebte er in der Kaserne die ganzen Vorgänge bei der Revolution im Jahre 1848 und die Uebergabe der Gottesauer Kaserne mit. Große Neigung und seine ausgeprobenste Begabung führten ihn dem Studium der Musik zu, das er jedoch familiärer Verhältnisse wegen wieder aufgeben mußte. Der Verbliebene wandte sich nach Aufgabe des Musikstudiums dem Bahndienst zu und wirkte mehrere Jahre als Stationsvorsteher in Heidelberg und Neudorfheim. Zuletzt war er als Rechnungsrat in der früheren Generaldirektion tätig; bei Kriegsende trat er erkrankt in den Ruhestand, nachdem er sich während der Kriegsjahre seiner früheren Behörde wieder freiwillig zur Verfügung gestellt hat. Vor 8 Tagen war ihm eine Bronchitis aus Krankenslager, von der er sich nicht mehr erholen sollte. — Mit dem Heimgegangenen, der in den letzten Jahren fast gehörlos geworden war, ist auch ein großer Naturfreund dahingegangen. So widmete er dem Ab- und Zuzug der Schwaben und anderer Zugvögel ganz besondere Aufmerksamkeit.

(Verleihung der Rettungsmedaille. Das Staatsministerium hat dem Eisenbahnhofsleiter Hugo Frey die badische Rettungsmedaille verliehen.

Bestallungsfeier des Cv. Kindergärtnerinnen-Seminars. Den 100. Todestag Pestalozzis nahm am 17. Februar das Evangelische Kindergärtnerinnen-Seminar des Mutterhauses Bethlehem zum Anlaß einer feierlichen würdigen Gedenkfeier. Die versammelten Lehrkräfte, die Schülerinnen des Seminars und der Pflögerinnen-Schule sangen zu Beginn den Choral „Wer nur den lieben Gott läßt walten“. Darauf wurde aus dem Bericht eines der Schüler Pestalozzis ein anschauliches Bild von des großen Menschheitskämpfers Wirken in seinem Kreise gegeben. Die vortragende Lehrerin knüpfte daran eine kleine Gedächtnisrede, in der sie den Schülerinnen den großen Erzieher als leuchtendes Vorbild für deren künftige Erziehungsarbeit an den Kleinen vor Augen führte. Diesen Ausführungen schloß sich Herr Pfarrer Schmidt an, indem er betonte, wie Pestalozzi mit der Kraft der selbstverleugenden Liebe Großes vollbrachte und gerade hierin Vorbild für alle Erzieher ist. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Lehrzeit im Seminar den Schülerinnen helfen möge, getreu dem Vorbild Pestalozzis mit der Liebe und dem Vertrauen zu Gott, ausgereifte Lebensarbeit zu vollbringen. Als Abschluß sang der dreißigköpfige Chor der Schülerinnen „Der Herr ist mein Hirn“.

3 Festgenommen wurden ein Hilfsarbeiter von Freiburg wegen Diebstahls, ein Tagelöhner von Godesheim, ein Schneider von Kirchheim, die beiden zum Strafvollzug gesucht wurden, 3 Personen wegen Verfehlungen gegen die Pflanzbestimmungen, ferner 3 Personen wegen verfehlender sonstiger staatsbarer Handlungen.

Die Fernsprechgebühren.

Eine Verteidigung der Reichspostverwaltung.

In Nr. 56 der „Badischen Presse“ haben wir von Reichsminister a. D. Dr. Gothein einen Artikel veröffentlicht, in dem Gothein Kritik an den teuren Telephonanschlüssen und dabei von einem rücksichtlichen Geist der Reichspostverwaltung spricht. Der Reichsminister, gez. in Vertretung: Fejervand, sendet uns hierzu folgende Erwiderung:

Gotheins Ausführungen zeigen, daß er die Verhältnisse und Einrichtungen, über die er in so abfälliger Weise urteilt, vollständig verkennt. Ich muß es mir versagen, auf die vielen Irrtümer einzeln einzugehen; die wesentlichen möchte ich jedoch richtig stellen: 1. Es ist nicht richtig, daß die Deutsche Reichspost eine „Todesangst“ habe, die Nachfrage nach Telephonanschlüssen könne zu groß werden. Sie rechnet vielmehr, wie Herr Gothein selbst anführt, mit einem jährlichen Zugang von 9,2 v. H. der vorangehenden Jahreszahl. Entgegen der Ansicht des Herrn Gothein glaubt die Deutsche Reichspost trotz der wenig günstigen Wirtschaftslage in Deutschland nicht, daß der Sättigungszustand mit Fernsprechan schlüssen hier in absehbarer Zeit erreicht wird. Daß vielmehr ein weiteres stetiges Ansteigen der Zahl der Fernsprechan schlüsse nicht unwahrscheinlich ist, zeigt die entsprechende Entwicklungskurve für die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese hat den gleichen Verlauf wie die deutsche Kurve, eilt ihr aber mindestens um 10 Jahre voraus.

2. Gothein behauptet, daß der Berechnung der Deutschen Reichspost, wonach sie bei jedem neuen benutzten Anschluß jährlich 110 RM. zuzühe, die Anlagekosten für ein neues Selbstanschlußgerät in teurerer Berliner Gegend zugrunde gelegt seien. Richtig ist, daß diese Berechnung sich allgemein auf die großen Ortsfernprechnetze wie Berlin, Hamburg usw. bezieht; sie füßt sich aber nur auf handbediente Leitungen, wie sie in Deutschland und auch in allen übrigen Ländern der Welt zur Zeit noch weit überwiegend vorhanden sind. In Berlin gibt es im Innern der Stadt überhaupt noch kein Selbstanschlußnetz. Da die vollständige Durchführung des Selbstanschlußbetriebs in Deutschland mindestens noch 12 Jahre in Anspruch nehmen wird, können die dann eintretenden Betriebskosten selbstverständlich nicht Tarifberechnungen von heute zugrunde gelegt werden.

3. Gothein behauptet, die Deutsche Reichspost mache viel zu hohe Abschreibungen (5 v. H. auf Grundstücke, ebenfalls — statt 1 v. H. — auf Gebäude, 5 v. H. — statt 3 v. H. — auf das Kabelnetz) und rechne auch die Fernkabel mit hinein. Nicht eine einzige Angabe ist richtig. Die Abschreibungen der Deutschen Reichspost beim Fernsprechnetze betragen: auf Grundstücke nichts, auf Gebäude 0,1 v. H., auf Leitungen und Kabel 2 v. H. Die Kosten der Fernkabel bleiben bei der Berechnung der Selbstkosten für den Ortsverkehr vollständig außer Betracht.

4. Gothein führt selbst an, daß die Fernsprechgebühren in England und in den Vereinigten Staaten höher sind als in Deutschland. Dies sind aber gerade die Länder, die nach dem Umfang ihres Fernsprechnetzes für einen Vergleich mit Deutschland in Betracht kommen. Bei den europäischen Ländern mit niedrigeren Gebühren müssen diejenigen, in denen noch keine stabile Währung besteht, auscheiden, weil hier nirgends die Tarife dem Goldstand angepaßt sind. Als Land mit besonders billigen Fernsprechgebühren wird immer Schweden angeführt. Die laufenden schwedischen Gebühren lassen sich aber nicht ohne weiteres mit den deutschen Sätzen vergleichen, weil die schwedischen Teilnehmer in viel höherem Maße zu den Anlagekosten beitragen müssen. Schweden stellt seinen Teilnehmern ohne besondere Leitungszuschläge nur 500 Meter Anschluß-

leitung zur Verfügung, während in Deutschland 5000 Meter ohne Zuschlag bleiben. Würde man die Kosten eines Fernsprechnetzes in Schweden für eine 5000 Meter lange Anschlußleitung den deutschen Gebühren gegenüberstellen, so wäre der Anschluß in Schweden teurer.

Herr Gothein begehrt weiter den Fehler, die außerordentlich günstigen Verhältnisse unmittelbar nach Stabilisierung unserer Währung auf die Zukunft zu übertragen.

Wenn in den Jahren 1924 und 1925 die Kosten für werbende Anlagen tatsächlich aus den Betriebseinnahmen bestritten werden konnten, so lag dies daran, daß die Gebühren beim Uebergang zu festen Währung zunächst ziemlich hoch bemessen waren, während die Beibehaltung des Personals erst sehr spät den Teuerungserhältnissen angepaßt worden sind. Im übrigen wäre eine Postanleihe in diesen beiden Jahren zu erträglichen Bedingungen nicht zu erlangen gewesen. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Die Preisbildungen sind erhöht worden, und die in den beiden Jahren durchgeführten Gebührenerhöhungen haben einen Einnahmehöhenanstieg von 120 Millionen Reichsmark zur Folge gehabt. Dazu kommt der immer stärker werdende Zuzug an Teilnehmern mit schwachem Verdienste, die fast sämtlich die Selbstkosten nicht aufbringen, ja sie zum größten Teile nicht einmal zur Hälfte bedecken. Im Jahre 1926 werden deshalb Neuanlagen nicht mehr aus Betriebseinnahmen bestritten, dafür sind vielmehr Anleiheemittel in Höhe von 170 Millionen Reichsmark beschafft worden. Für das Jahr 1927 muß eine noch wesentlich höhere Anleihe aufgenommen werden. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost wird im kommenden Rechnungsjahre so gespannt sein, daß die Betriebseinnahmen kaum hinreichen werden, um die Betriebsausgaben zu decken. Die Deutsche Reichspost muß daher wenn sich ihre wirtschaftliche Lage nicht immer weiter verschlechtern soll, mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß jeder neu hinzutretende Teilnehmer wenigstens annähernd die Kosten aufbringt, die er verursacht. Bei Berechnung der Selbstkosten wird von den Fernsprechgebühren selbstverständlich ein Teil auf die Zinsanspruchnahme der Anschlüsse für den Ortsverkehr eingerechnet.

6. Der von Gothein empfohlene Tarifvorschlag des Außenhandelsverbandes ist vollkommen abwegig. Die Rückkehr zur Parität der Fernsprechgebühren in Grund und Boden ruiniert den Fernsprechnetz. Bei einem Einheitszins von 10 Reichsmark monatlich würde eine Mindereinnahme aus dem Ortsverkehr von 55 Millionen Reichsmark eintreten. Dagegen würde der Vorschlag, für einen Nebenanschluß monatlich 6,50 Reichsmark zu erheben, um mehr als 100 v. H. über die jetzigen Gebühren hinausgehen, von den Teilnehmern als abgelehnt werden. Berücksichtigt man noch die weiteren Tarifvorschlüsse des Außenhandelsverbandes, die sämtlich unannehmbar sind, so ergäbe sich eine Mindereinnahme von rund 170 Millionen Reichsmark, d. h. 27 v. H. der Summe, die der gesamte Fernsprechnetz jetzt bringt.

7. Es ist unzutreffend, daß die Feststellung der in jedem Monat aufkommenen Gebühre und ihre Berechnung sechs bis sieben Wochen erfordere. Sie nimmt nicht eine Woche in Anspruch und kostet nur etwa 0,5 v. H. der Gebühren für den Ortsverkehr. Von einer Erparnis von 40 bis 50 Millionen Reichsmark bei Wiedereinführung einer Postgebühr kann keine Rede sein. Der ganze Vorschlag zeigt, daß seinen Urhebern jede Kenntnis des Fernsprechnetzes und seiner Kosten abgeht.

16 glückliche Gewinner.

Wo die zwei 300 000-Mark-Lose hinfielen. Am Freitag ist zum ersten Male im Laufe der gegenwärtigen Ziehung der preussischen Klassenlotterie ein 300 000-Mark-Gewinn gezogen worden.

Dieser Gewinn, der in zwei Abteilungen herausgekommen ist, wurde in einer Abteilung in Köln, in der anderen Abteilung in Weimar geteilt. So fallen je 300 000 M. nach diesen beiden Orten. Das Glück hat auch diesmal, wie nicht selten schon bei anderen Ziehungen der preussischen Lotterie, fast ausschließlich Leute begünstigt, die es nötig haben. Der 300 000-Mark-Gewinn wird in den beiden Städten in je acht Teile geteilt werden, da die Gewinner ausschließlich nur Achtellose gespielt haben. Nach Abzug der üblichen Abgaben fallen jedem danach rund 30 000 Mark zu.

Nach den Erfahrungen der Lotteriedirektion wollen viele Gewinner gar nicht an ihr Glück glauben. Sie schreiben dann nach Berlin an die Lotterieverwaltung und fragen an, ob es auch richtig sei, was ihnen ihr Lotterievernehmer mitgeteilt habe und baten um eine Bestätigung. Die Lotteriedirektion pflegt darauf zu antworten, daß zwar die amtliche Liste noch nicht heraus sei, daß aber nach den vorliegenden Ergebnissen die angefragte Nummer tatsächlich gewonnen habe. Viele Lotteriespieler und besonders die sogenannten kleinen Leute pflegen sich dann schnellstens ein Bankkonto einzurichten, wozu sie sich den Gewinn überweisen lassen.

Die Auszahlung des jetzt herausgekommenen 300 000-Mark-Gewinnes dürfte etwa Mitte März, und zwar, wie üblich, nicht etwa durch die Lotteriedirektion, sondern durch die zuständigen Lotterieverwalter erfolgen. Denn die Auszahlung von Gewinnen wird erst nach Schluß der Lotterie und wenn die amtliche Gewinnliste veröffentlicht ist, durchgeführt.

In Deutschland gibt es gegenwärtig rund 900 Lotterieverwalter, und nach den bei der Lotteriedirektion vorliegenden Ziffern spielen gegenwärtig etwa 3 1/2 Millionen Menschen in Deutschland preussische Klassenlotterie.

Voranzeigen der Veranstalter.

Voranzeige des Badischen Landes-Theaters. In der heutigen Aufführung „Der kleine Klaus“ hat der Komponist Arthur Knicker die musikalische Leitung seiner Oper übernommen.

Arbeiterbildungsverein. Der 4. Kammermusikabend des Vereins findet heute, Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale unseres Vereinshauses (Wilsbelmstraße 14) statt. Die erwählte, interessentumfassendste Vortragsfolge bringt Musik für Klavier und Violine und auch für beide Instrumente allein. Gertraud Hermann-Wertenberger (Klavier) und Elisabeth Kemmann (Violine) haben die Vortragsfolge. Beide Künstlerinnen sind vorzüglich bekannt, daß dieser Abend seiner besonderen Empfehlung mehr bedarf. Neben Musikalischern haben auch Gäste freien Zutritt.

Das Haus „Excellior“ veranstaltet am Mittwoch, den 23. Februar, in sämtlichen Räumen einen großen Maskenball. Der wohl-gelungene Verlauf des Maskenballs in vergangener Woche verspricht auch für den kommenden Maskenball eine mit echter Karnevalsstimmung erfüllte fröhliche Ballnacht. Die Direction hat für allerlei Ueberraschungen gesorgt. Unter anderem werden die drei besten Masken durch Preise ausgezeichnet. Zwei Kapellen, darunter die best bekannte Wilsbelm-Band, sind für diesen Abend verpflichtet. Die Räume sind dekorativ künstlerisch karnevalistisch ansehnlich und werden sehr malerisch. Trotz der ausgemachten Kosten sind die Preise nicht erhöht. Die Ballabend im „Excellior“ schieben nach wie vor zu den gern besuchten Veranstaltungen des Vereins.

Wandmann-Vorträge, gehalten von Frau Dr. Ammann, Leipzig, finden Donnerstag, den 24. und Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Wunsions-Konferenzsaal, Waldstr. 79, 2. Stock, statt. Die Themen lauten: Rauges und gesundes Leben durch natürliches Essen, Eheglobe und gesundes Familienleben. Frau Dr. Ammann ist hier gut eingeführt. Ihre vorzüglichen Vorträge vom vorigen Jahr sind noch in bester Erinnerung. Auch die heutigen Vorträge dürfen wieder vielversprechend werden.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 18. Febr.: Michael Bamberg, Chem., 53 Jahre alt, Oberpostkassier. — 19. Febr.: Josephine Schöna, ledig, 51 Jahre alt, ohne Beruf; Katharina Grömminger, 81 Jahre alt, Witwe von Ludwig Grömminger, Brautmann; Valentin Götting, 61 Jahre alt, Rentmeister. — 20. Febr.: Albert Kaiser, 85 Jahre alt, Mechaniker; Maria Schöner, 46 Jahre alt, Ehefrau von Carl Schöner, Kraftwagenführer; Wilhelmine Funt, 3 Jahre alt, Vater: Josef Funt, Maschinenleger; Gottlieb Latach, Witwer, 65 Jahre alt, fahrl. Arbeiter; Robert Dittmann, 16 Jahre alt, Schüler; Emilie Staebli, 70 Jahre alt, Witwe von Albert Staebli, Kaufmann.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Allgemeine Witterungsübersicht. Baden hatte am Sonntag launisches zeitweiliges heiteres und trodenes Wetter. Nachts brachte die aus Westen aufsteigende Warmluft einer neuen atlantischen Zirkulation den Morgen ergiebige, bis Montag anhaltende Schneefälle, jedoch es auch in der Rheinebene zur Bildung einer geschlossenen Schneedecke von nahezu 15 Ztm. Im Schwarzwald fielen bis zu 20 Ztm. Neuschnee. Der Nachschub warmer Luft von Westen dauert an, jedoch die augenblicklich noch über der Rheinebene lodernden Kaltluftmassen bald aufgehrt sein werden. Wir haben daher bei aufkommendem Bewölkung mit Gewärmung und Uebergang der Niederschläge in Regen zu rechnen.

Weiterausblick für Dienstag, den 22. Februar 1927: Tauwetter mit Regenschauern bei westlicher Aufzugsrichtung. Im Gebirge Temp. vorzeichen um Null Grad.

Wasserstand des Rheins.

Baldshut, 21. Febr., morgens 6 Uhr: 181 Ztm., gefallen 5 Ztm. Schmitzheim, 21. Febr., morgens 6 Uhr: 58 Ztm., gefallen 5 Ztm. Rehl, 21. Febr., morgens 6 Uhr: 180 Ztm., gefallen 14 Ztm. Maxau, 21. Febr., morgens 6 Uhr: 303 Ztm., gefallen 4 Ztm. Mannheim, 21. Febr., morgens 6 Uhr: 255 Ztm., gefallen 20 Ztm.

Geschäftliche Mitteilungen.

Billiches Kalbfleisch. Wie die hiesige Großschlachterei Densel durch das hiesige Amt mittelst, ist es ihr auch in dieser Woche wieder gelungen, billiches Kalbfleisch guter Qualität einzuführen. Infolge günstiger Angebote konnte der Preis etwas ermäßigt werden, auf 80 Pf. bzw. 1,10 RM. das Pfund. Die Firma wird bemüht sein, so lange vorzuziehen, wie dieses Angebot vorliegt und so lange die große Nachfrage nach diesem Fleisch anhält, ungeachtet alle 14 Tage eine ausreichende Menge einzuführen. Auf diese Weise wird es auch den Rinderbrennereien ermöglicht, Kalbfleisch zu genießen, das erheblich billiger ist als das erhaltene, diejem aber an Qualität nur wenig nachsteht.

Sport ist heute die Lösung des Tages. Wo immer man hinschaut, auf allen Plätzen, in Hallen, im Wasser und in der Luft, überall tummeln sich die Sporttreibenden.

Mit Kraft und Nerven und harten Muskeln werden Ziele und Reize erkaufte. Seine Körperkraft zu erhalten und zu fördern ist daher das Streben jedes echten Sportmannes. Nur solche Weckmittel kann er deshalb wählen, die seinem Herzen und seinen Nerven nicht schaden. Er muß daher den koffeinhaltigen Bobenalkaffee, weil er weiß, daß das in ihm erhaltene Koffein seine Sportleistungen beeinträchtigen kann; nicht erhitzen. So trinkt er Kaffee-Soja, den koffeinfreien Bobenalkaffee, der auch für den hart trainierenden Sportmann unschädlich ist und von vielen Sportmeistern empfohlen wird.



Schnupfen. Nasenspülungen mit Chinosol schaffen sofort Luft und verhüten Kopfschmerzen. Verpackungs-packing 60 Pf. in allen Apotheken u. Drogerien.

Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in der Fidelity-Drogerie Fischer, Karlstraße, Drogerie Mannschott, Ecke Lenz- u. Klappergasse, Drogerie Jakob Lösch, Herrenstraße, Drogerie Carl Roth, Herrenstraße, Drogerie W. Tscherning, Amalienstraße 19, Drogerie Adolf Vetter, Zirkel.

LANG Kaiserstraße 167. Telefon 1073 gegenüber Tietz

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklassigen Flügels Harmoniums oder PIANOS

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Berliner Börse.

Berlin, 21. Febr. (Frankfurt). Der Wochenbeginn war an den Aktienmärkten sehr verrückt und das Kursniveau schwach, für die Zinsenpapiere des Terminverkehrs ausgefallen. Das Publikum zeigte sich völlig desinteressiert, während innerhalb der Kreditinstitute die Baifaktoren die Oberhand gewonnen. Man führte die Abwärtsentwicklung des Geldmarktes zurück, die neuerdings tatsächlich in den letzten Einzahlungen auf die Reichsanleihe dem Markt doch einen größeren Betrag entstehen werden und dadurch vorübergehend eine Verknappung der flüssigen Mittel zu erwarten sei. Die Nachfrage nach Tagesgeld war heute sehr erheblich, sodass die Zinsen auf 4,5-5 Prozent anwuchs. Da der Markt überaus ruhig ist, glaubt man mit einem weiteren Anstieg der Geldpreise rechnen zu müssen. Monatsgeld wurde mit 5,5-6,5 Prozent genannt. Warenausgang mit Großbankrot ca. 4,5 Prozent. Am Privatbankmarkt war das Angebot ebenso wie an den Börsen beträchtlich. Auch die ungenügende Gestaltung des Außenhandels im Januar, der eine große Pallast im reinen Warenverkehr erbrachte, trug zu der Desillusionierung bei. Nach der Schließung der ersten schwachen Kurse stellte sich bei der Rückkehr zum Markt wieder keine Erholung ein. Am Devisenmarkt war die Aufmerksamkeit auf die Befestigung des Kurses konzentriert. London stellte sich gegen Mailand auf 109,80. Außerdem zog die Devisenbank gegen Zürich auf 19,21 bei größeren Umsätzen an. Der Dollar stellte sich in Berlin auf 4,2187 und in London auf 4,5083. London-Madrid 28,89.

Im Monatsaktienmarkt machte nur Stolberg Zins mit einer Verteilung von 4,75 Prozent eine Ausnahme. Bei Eröffnung des Verkehrs verloren alle Bergbau 7, Klebe- und Papier 5, Kolonialwaren 5, Eisenwaren 5, Holzwaren 4,75, Rhein Braunkohlen 4 und die übrigen Papiere etwa 3 Prozent. Am Kalkulationsmarkt behielten Zement 8,5 und Zement 4,25 Prozent. Am Markt der heimischen Werte 3-6 Prozent und über 7 Prozent ein. Chemische Werte setzten sich 4 Prozent niedriger ein; nur Süddeutsche Gas minus 6,75. Außerdem gingen von den wichtigsten Papieren Berg. Glanitzhof um 12, Nordd. Wolle um 5,5, Wemberg um 4, Berger Tiefbau und Holzmann um 6, Ostwerke und Schultze um 6-7, Leonhard Tief um 5, Lorenz um 8, Ludwigs Loewe um 6,5, Dalmier um 4, Alberswerke um 4, Barmer Bankverein um 4, Berliner Handelsbank um 3,5, Mitteldeutsche Kreditbank auf Gerichte um einem ungenügenden Dividendenbedarf um 8,5 Prozent, Commerzbank um 4, Schiffbauaktien um 3-7 Prozent zurück. Auch bestimmte Staatsrenten notierten schwächer, Reichsanleihe 90,50 nach 81,80.

Im weiteren Verlauf der Börse trat in einzelnen Papieren eine geringe Besserung ein, die später aber wieder verloren ging. Die Grundstimmung und die allgemeine Kursbewegung blieben unverändert. Vereinzelt Glanitzhof gingen um weitere 6 Prozent, andere Papiere um weitere 2 Prozent zurück. Schubert und Salzer minus 13.

Eine ungenügende Aufnahme fand im Verlauf der Börse auch die Tatsache, daß in der neuen Reichsanleihe im freien Verkehr einige Umsätze unter dem Emmissionskurs stattgefunden haben sollen. Die Ausgabe erfolgt bekanntlich in 92 Prozent, während Angebote mit 91 Prozent vorgelegt haben sollen. Danach trat wieder eine Erholung auf 91,75 bis 92 Prozent ein. Eine sensationelle Sonderdividende nahm der Kurs der Stolberg-Zink-Aktien, der in der zweiten Börseperiode insgesamt 80 Prozent höher notierte. Vermutlich fanden Interessenten der verschiedenen Interessenten Gruppen statt. Außerdem hörte man, daß die deutschen Interessenten zu den internationalen Industriefaktoren Verhandlungen eingeleitet werden sollen.

Privatdiskont kurzzeit 4,37, lange Zeit 4,25 Prozent.

Auch an der Nachbörse trat keine Erholung des Kursniveaus ein. Das Geschäft war von einer äußeren Zurückhaltung beherrscht. Zins-

werte schloffen mit namhaften Tagesgewinnen, Stolberg sogar 40 Prozent gesteigert, während im übrigen die schwache Tendenz anhielt. Man nannte gegen 24 Uhr u. a. Stolberger Zink 310, Edelz. Zink 170, (Geldkurs 162), Laurahütte 99, Hohenlohe 29,5, Siemens angeboten 22,2.

Berliner Devisennotierungen vom 21. Februar

19. Febr.	21. Febr.	19. Febr.	21. Febr.
Amerikan	168 64/100	168 64/100	168 64/100
Frankreich	175 1/2	175 1/2	175 1/2
Belgien	112 31/32	112 31/32	112 31/32
Italien	113 45/112	113 45/112	113 45/112
Japan	10 60/100	10 60/100	10 60/100
London	18 50/100	18 50/100	18 50/100
Madrid	20 43/100	20 43/100	20 43/100
Paris	16 00/100	16 00/100	16 00/100
Brüssel	16 00/100	16 00/100	16 00/100
Frankfurt	70 95/100	70 95/100	70 95/100
St. Petersburg	2 05/100	2 05/100	2 05/100

Frankfurter Devisennotierungen vom 21. Februar

19. Febr.	21. Febr.	19. Febr.	21. Febr.
Amerikan	168 64/100	168 64/100	168 64/100
Frankreich	175 1/2	175 1/2	175 1/2
Belgien	112 31/32	112 31/32	112 31/32
Italien	113 45/112	113 45/112	113 45/112
Japan	10 60/100	10 60/100	10 60/100
London	18 50/100	18 50/100	18 50/100
Madrid	20 43/100	20 43/100	20 43/100
Paris	16 00/100	16 00/100	16 00/100
Brüssel	16 00/100	16 00/100	16 00/100
Frankfurt	70 95/100	70 95/100	70 95/100
St. Petersburg	2 05/100	2 05/100	2 05/100

Zürcher Devisennotierungen vom 21. Februar

19. 2.	21. 2.	19. 2.	21. 2.
Frankreich	123 21/2	123 21/2	123 21/2
Belgien	73 22/2	73 22/2	73 22/2
Italien	90 30	90 30	90 30
Japan	3 75	3 75	3 75
London	13 10	13 10	13 10
Madrid	2 50	2 50	2 50
Paris	15 40	15 40	15 40

Berlin, 21. Febr. (Frankfurt). Devisen: Dollar 2,50 G, 2,61 B; Reichsmark 46,88 G, 47,22 B; Kantonien 46,88 G, 47,12 B; Polen 46,88 G, 47,12 B; Belgien (groß) 46,76 G, 47,24 B.

★ Berlin, 21. Febr. (Frankfurt). Devisen am Warenausgang. London 4,5002, London-Paris 128,82, London-Brüssel 34,88, London-Amsterdam 12,12, London-Mailand 109,70, London-Madrid 28,85, London-Spanien 18,19, London-Dollar 18,86, Kabel-Zürich 5,109, Kabel-Amsterdam 2,49, Kabel-Berlin 4,2187.

Unnotierte Werte.

Werte	Werte	Werte	Werte
19%	120%	150%	180%
20%	130%	160%	190%
21%	140%	170%	200%
22%	150%	180%	210%
23%	160%	190%	220%

nesmann 200,5, Pöbner 183,5, Gelsenkirchen 188,5, Ber. Stahlwerke 142,5, Rhein. Stahl 222, Deutscher Gas 209, 3-6, Farben 318,5-319, Mitteldeutsche Credit 287, Danneberg 290,5, Deutsche Bank 200,25, Sagan 162, Nordd. Lloyd 152, Reichsbanknote 30,50.

Frankfurter Börse.

Frankfurt, 21. Febr. Der Börse fehlte es heute vollkommen an neuen Impulsen in Kaufanfragen, und andererseits legte die professionelle Spekulation Abendeigung an den Tag, wobei auch Planfolgebörsen vorkommen sein dürften. Die Lage auf dem Geldmarkt ist heiler geworden und veranlaßt mit dem Ziel die allgemeine Zurückhaltung. Heutzutage wird die weitere Entwicklung des Geldmarktes die Tendenz der heute bestehenden Lage wesentlich beeinflussen. Bedeutend wurde auch die gestrige Lage zwischen England und Frankreich und die englische Prognose mit Bezug auf den Handelsvertrags für beide Länder für den Fall, daß England seine Politik in China gegenüber England nicht ändere. Die Abendeigung verläßt sich im Verlaufe immer mehr, so daß die erste Kurve Einbußen von 6 und mehr annehmen. In einzelnen verlorenen Banken 2-3 Prozent, besonders Commerz und Danneberg ansetzen. Für Monatsaktien stellen sich im Verlaufe der Einbußen auf 2-5 Prozent dar. Der Markt und Abwärts und besonders Schiffbauaktien bis 5 Prozent. Kalkulationen sanken 7 Prozent nach, Chemiewerte 5-6 Prozent und Eisenwerte 3-6 Prozent. Auch deutsche und ausländische Renten waren größtenteils angeboten und schwächer.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 21. Febr. Die Abendbörse hatte so auf wie kein Geldmarkt. Zahlreiche auf die Dividendenangelegenheiten etwas beruhigt und 0,5 Prozent erholte. Auch die Farbenaktie um 2 Prozent, Abwärtsaktie um 1,5 Prozent erholte. In den übrigen Aktien börsen die abendliche Stimmung etwas an. So waren die Aktien kaum verändert. Nur die Bergbau (Zinn) um 1 Prozent mit 41 plus 1,5 Prozent um. Abwärtsaktie fast gleichfalls. Die Börse schloß auf gebrochenen Kursen, aber ohne umlaufende. Der Markt für den 21. Febr. 1927. Deutsche Bank 200,25, Sagan 162,5, Rhein. Stahl 222, Deutscher Gas 209, 3-6, Farben 318,5-319, Mitteldeutsche Credit 287, Danneberg 290,5, Deutsche Bank 200,25, Sagan 162, Nordd. Lloyd 152, Reichsbanknote 30,50.

Frankfurt, 21. Febr. Die Abendbörse hatte so auf wie kein Geldmarkt. Zahlreiche auf die Dividendenangelegenheiten etwas beruhigt und 0,5 Prozent erholte. Auch die Farbenaktie um 2 Prozent, Abwärtsaktie um 1,5 Prozent erholte. In den übrigen Aktien börsen die abendliche Stimmung etwas an. So waren die Aktien kaum verändert. Nur die Bergbau (Zinn) um 1 Prozent mit 41 plus 1,5 Prozent um. Abwärtsaktie fast gleichfalls. Die Börse schloß auf gebrochenen Kursen, aber ohne umlaufende. Der Markt für den 21. Febr. 1927. Deutsche Bank 200,25, Sagan 162,5, Rhein. Stahl 222, Deutscher Gas 209, 3-6, Farben 318,5-319, Mitteldeutsche Credit 287, Danneberg 290,5, Deutsche Bank 200,25, Sagan 162, Nordd. Lloyd 152, Reichsbanknote 30,50.

Mannheimer Börse.

Mannheim, 21. Febr. (Eigener Drahtbericht). Die heutige Börse verkehrte bei schwacher Tendenz. Es notierten: Billa, Apothekenbank, Rhein. Credit 163, 3-6, Farben 318,5, Kraft, Mannh. Berg. 168, 100, Rhein. Stahl 222, Deutscher Gas 209, 3-6, Farben 318,5, Mitteldeutsche Credit 287, Danneberg 290,5, Deutsche Bank 200,25, Sagan 162, Nordd. Lloyd 152, Reichsbanknote 30,50.

Berliner Börse vom 21. Februar

Deutsche Staatspap.	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10% Anleihe	149,5	149,5	149,5
5% Anleihe	129,5	129,5	129,5
3% Anleihe	103,5	103,5	103,5
10% Anleihe	149,5	149,5	149,5
5% Anleihe	129,5	129,5	129,5
3% Anleihe	103,5	103,5	103,5
10% Anleihe	149,5	149,5	149,5
5% Anleihe	129,5	129,5	129,5
3% Anleihe	103,5	103,5	103,5

Frankfurter Börse vom 21. Februar

Staatspapiere in %	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5

Mannheimer Börse vom 21. Februar

Staatspapiere in %	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5

Berliner Börse vom 21. Februar

Staatspapiere in %	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5

Frankfurter Börse vom 21. Februar

Staatspapiere in %	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5

Mannheimer Börse vom 21. Februar

Staatspapiere in %	Bank-Aktien	Ind.-Aktien	Eisenbahn-Aktien
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5
10%	149,5	149,5	149,5
5%	129,5	129,5	129,5
3%	103,5	103,5	103,5

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

